

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

35 (11.2.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzelheft 10 S., Samstag 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelleiste 20 S., auswärts 25 S. — Reklamen 80 S. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Dr. Marx preußischer Ministerpräsident

Marx im zweiten Wahlgang gewählt

Berlin, 10. Febr. Nachdem am Vormittag eine interfraktionelle Besprechung der drei Regierungsparteien vorangegangen war, schritt das Plenum des Reichstages nachmittags 1/3 Uhr zur Wahl des Ministerpräsidenten, die nach dem erneuten Rücktritt Braun's notwendig geworden war. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Abgegebene Stimmen 444; ungültig 1; absolute Mehrheit 222 (von 443); Marx 219, Dr. v. Richter (D. R.) 153, Fiedl. (Komm.) 43, Labandorf (W. F.) 16, Reuter (N. D.) 11, Dr. v. Campe (D. Sp.) 1. Da Marx somit nicht die absolute Mehrheit erhalten hatte, mußte ein zweiter Wahlgang (Stichwahl) stattfinden. Sein Ergebnis war folgendes: Abgegebene Stimmen 445, darunter unbeschriebene 17, ungültige 43, absolute Mehrheit 193 (von 385). Marx (Sentr.) 223, v. Richter (D. Sp.) 162. Der vom Zentrum präferierte bisherige Reichskanzler Marx war demgemäß mit den Stimmen der Sozialdemokraten des Zentrums und der Demokraten zum Ministerpräsidenten gewählt, ebenso wie Braun vor zehn Tagen, aber erst im zweiten Wahlgang. Die Mitteilung des Ergebnisses wurde von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Marx ist also mit der gleichen Stimmenzahl aus der Wahl hervorgegangen, wie Otto Braun bei der inzwischen erledigten Wiederwahl. Die Kommunisten haben also glücklicherweise erreicht, daß der bisherige sozialdemokratische Ministerpräsident durch einen bürgerlichen Politiker ersetzt wird.

Es ist zu erwarten, daß Dr. Marx bereits 24 Stunden nach seiner Wahl eine Regierung, auf der Grundlage der Weimarer Koalition gebildet, präsentieren kann. Das ist ein Erfolg, den die sozialdemokratische Fraktion für sich buchen kann. Sie hat es verstanden, das Zentrum zur Fortsetzung des einmal begonnenen Kampfes um die Macht in Preußen unter seiner Führung zu veranlassen. Das ist das wesentliche an dem Ausgang der vielstündigen interfraktionellen Sitzungen, die in diesen Tagen stattgefunden haben. Es ist kein Geheimnis, daß dieser Erfolg nicht leicht errungen werden konnte und auch von unserer Seite entgegen dem anfänglichen Willen der Fraktion bestimmte Zugeständnisse gemacht werden mußten, die überhaupt nur unter Berücksichtigung der gesamten politischen Lage zu verstehen sind. Sicher ist aber trotzdem, daß auch in einer Regierung Marx's der das Innenministerium weiterverwaltet und so das wichtigste Amt der preußischen Verwaltung unter Führung eines Sozialdemokraten steht. Wir sind nicht der Auffassung,

daß die Besetzung des Innenministeriums durch einen Sozialdemokraten schon allein die Beilegung an einer Regierung Marx rechtfertigt. Aber wenn es unter allen Umständen nicht anders geht, dann sollte man sich damit abfinden; denn vergessen wir nicht, daß die Regierung Marx nur ein vorübergehendes Gebilde sein kann und an ihre Stelle in absehbarer Zeit eine Mehrheitsregierung auf dieser oder jener Grundlage treten wird.

Als im Reich der Kampf um die Regierung geführt wurde, haben wir immer wieder den Grundgedanken vertreten, daß unter allen Umständen und wie auch immer der Versuch gemacht werden muß, eine Rechtsregierung zu verhindern. Leider hat unter Kampf im Reich vorläufig nicht zu den Erfolgen geführt, die wir buchen wollten. Das aber kann uns nicht abhalten, jetzt in Preußen für den Grundgedanken einzutreten, den wir bis zum letzten Augenblick vor der Bildung der Reichsregierung im Reich verfochten haben und alle Möglichkeiten zur Verhinderung eines Kabinetts von ähnlichen Qualitäten wie im Reich zu erschöpfen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, kommt es nicht darauf an, ob wir einen Minister mehr oder weniger haben. Die Hauptfrage bleibt, daß wir überhaupt in dem neuen Kabinett an maßgebender Stelle vertreten sind und trotz aller Heke der vereinigten Rechten und äußersten Linken die Fortsetzung der bisherigen Politik der Reaktion zum Trotz gehindert erscheint.

Berlin, 11. Febr. (Eig. Kundendienst.) — Der neue preussische Ministerpräsident Dr. Marx findet in der Reichspressen laum eine bessere Aufnahme als sei unserem Genossen Otto Braun nach seiner Wiederwahl zuteil wurde. Man darf fast von einer Ablehnung der Unternehmung seiner Regierung auf der ganzen Linie sprechen. Diese Ablehnung verläuft insbesondere die demokratischen Blätter mit einer Wahrung aus die Wirtschaftspartei, das „Katholische Ministerium“ um Gottes Willen nicht zu unterstützen. Wie die „Germania“ heute mitteilt, wird sich Dr. Marx, trotz der ihm im voraus zu teil werdenden Angriffe heute mit allen Parteien in Verbindung setzen, ausgenommen die Kommunisten und Bolschewiken. Er wird die Wahl erst annehmen, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen hat.

Barfels Landtagspräsident

Berlin, 10. Febr. Im Preussischen Landtag wurde der Abg. Barfels mit 215 Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt. Auch hier mußte Stichwahl stattfinden. Zum Vizepräsidenten wurden auf Vorschlag des Abg. Winkler (D. R.), v. Kries (D. R.) und Forst (Sentr.) gewählt.

Wohn Davidsohn, Kloss und Schwärzels dem Untersuchungsrichter, Landgerichtspräsident Hofmann sofort mit dem Antrag unterbreitet worden, ungenügend bei Tammengapf und der Berliner Wirtenschaft, Hausdurchsuchung abhalten zu lassen.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß westliche Staatsanwälte mit jüdischen Inoffizien zusammenarbeiten, um aus der Barmer-Affäre endlich den großen beschuldigten politischen Skandal zu machen. Das Geld dazu liefert die deutsche nationale Volkspartei.

Eine weitere Mandatsniederlegung

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist der Zentrumsdagereordnete Lange-Hegermann vom Vorstand der Zentrumspartei des Reichstages aufgegeben worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Der Abg. Lange-Hegermann ist dieser Aufforderung nach nicht nachgekommen.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge soll die Staatsanwaltschaft die Zentrumsfraktion darum ersucht haben, den Reichstagsabg. Lange-Hegermann zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Im anderen Falle würde der Staatsanwalt an den Reichstag das Ersuchen um Aufhebung der Immunität stellen und Lange-Hegermann werde in Untersuchungshaft genommen werden.

Ebert heute 6 Jahre im Amt

Berlin, 11. Febr. (Eig. Kundendienst.) Reichspräsident Ebert befindet sich am heutigen Tage 6 Jahre in seinem schwierigen Amt. Er wurde am 11. Februar 1919 in Weimar von der Nationalversammlung mit 277 Stimmen zum ersten Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Ebert hatte seit dem Tage seiner Wahl bis zur Gegenwart einen äußerst schwierigen Stand. Mit dem Augenblick, wo er zum Präsidenten gewählt war, bis zur Stunde wurde er von der Rechten fast täglich mit Verleumdungen bedacht. Trotzdem: Alle Gelegenheiten schätzte er, mit Ebert in nächster Umgebung über die politischen Schwierigkeiten der letzten Jahre zu debattieren und seine Meinungen zu hören, muß zur Ehre dieses Mannes feststellen, daß er der gleiche geblieben ist, ein Sohn des Arbeiterlandes, ein Sozialdemokrat. Alle Festigkeiten im Charakter Eberts bildet überhaupt die Tatsache eines Verleumdungsleidens, das jetzt gegen ihn betrieben wird. Er soll von vornherein als Staatsmann und als politischer Persönlichkeit erlitten werden, weil die Rechte weiß, daß er für sie bei der kommenden Wahl eine sehr ernste Konkurrenz bedeutet.

Ruhrpanama und Sozialdemokratie

Die sozialdemokratischen Reichsminister gerechtfertigt. SPD. Auf die letzten Anfragen unserer früheren Reichsminister Robert Schmidt und Solmann hat die Reichsregierung am Montag mit einer langen Erklärung geantwortet, auf die unsere Genossen wie folgt erwidern: Wir stellen fest:

1. Die Reichsregierung kommt unserer Aufforderung auf lüdenlose Veröffentlichung der Kabinetts- und Verhandlungsprotokolle und des Briefwechsels zwischen dem damaligen Reichskanzler Herrn Dr. Stresemann und dem Beauftragten der Ruhrindustriellen nicht nach.
2. Die Reichsregierung gibt zu, daß an den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen kein sozialdemokratischer Reichsminister beteiligt gewesen ist.
3. Die Reichsregierung bestätigt, daß die sozialdemokratischen Reichsminister durch Stimmenthaltung die Verantwortung abgelehnt haben, als zum erstenmale Entwürfe eines Abkommens dem Reichskabinett vorlagen.
4. Die Reichsregierung bestätigt, daß in keiner Kabinettsitzung der Großen Koalition erwogen oder erörtert wurde, Zahlungen an die Ruhrindustriellen ohne Wissen und Zustimmung des Parlaments zu leisten.

Nichts anderes haben wir behauptet. Einzelne Unklarheiten in der offiziellen Erklärung müssen jedoch noch aufgestellt werden. — Der am 20. Oktober 1923 in Anwesenheit der sozialdemokratischen Minister gefasste Beschluß des Kabinetts gab dem Reichskanzler lediglich die Ermächtigung, mit der Schlichtungskommission in Verhandlungen über die Vorschläge der Ruhrindustriellen einzutreten. Daß das Kabinett oder gar die sozialdemokratischen Reichsminister den Vorschlägen der Ruhrindustriellen zugestimmt hätten, wird von der Reichsregierung selbst nicht behauptet. An dem, was sich von da ab zwischen Reichsministern und Ruhrindustriellen abgespielt hat, haben die Sozialdemokraten nach der klaren Befundung der Regierungserklärung keinen Anteil gehabt. Es widerspricht aber den Tatsachen, wenn versucht wird, die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in der Kabinettsitzung vom 1. November so zu erklären, als sei kein „Einspruch prinzipieller oder sachlicher Art“ erhoben worden. Die damaligen Minister Robert Schmidt und Solmann haben mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Verantwortung für Vorschläge nicht übernehmen könnten, die ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Minister zustande gekommen waren und mit einer Plötzlichkeit vorgelegt wurden, die eine Urteilsbildung über die Tragweite unmöglich machte.

Soweit unsere damaligen Minister. In dem Hin und Her von Erklärungen darf jedoch die Kernfrage nicht verwischt werden. An unsere Anlagen würde nichts geändert, wenn an jenem 1. November unsere Reichsminister sich nicht enthalten, sondern den Vorschlägen sogar zugestimmt hätten. Denn wir gehen bei untern schweren Vorwürfen gegen die Reichsregierung nicht von der Tatsache aus, daß sie Zusicherungen auf Entschuldigungen an die Ruhrindustrie gemacht hat, sondern wir fragen sie an, daß die Summen unter Verletzung des Budgetrechts, ohne ausreichende Kontrolle der Berechtigung dieser Ansprüche, ohne Nachprüfbarkeit für die Öffentlichkeit gezahlt worden sind. Auf diesem entscheidenden verfassungsrechtlichen Gebiete liegt der Sumpf dieses unerhörten Skandals. Nach der Regierungserklärung ist nun unbestreitbar, daß niemals in Gegenwart sozialdemokratischer Minister der Gedanke erörtert wurde, das Parlament zu hintergehen. Wir sind sicher, daß im andern Falle unsere Genossen „Einsprüche prinzipieller oder sachlicher Art“ gemacht hätten, die von den bürgerlichen Ministern nicht mißverstanden worden wären.

Wie lange will die Reichsregierung sich noch zu der schweren Anklage ausweichen, daß sie in einem in Deutschland nie erlebten Ausmaß sich über die Rechte der Volkswertretung hinweggesetzt hat? Mit der noch immer nicht veröffentlichten Denkschrift hat diese Frage gar nichts zu tun. Noch ehe das Druckwerk fertig ist, das uns mitteilen soll, auf welche Art und in welcher Höhe die Ruhrindustriellen sich ihre 3/4 Milliarden geholt haben, kann und muß eigentlich die Reichsregierung der Öffentlichkeit sagen, wie sie dazu kommt, und wie sie es rechtfertigen will, die Volkswertretung bei der Ausgabe solcher Riesensummen auszuschalten?

Dies ist das Kampffeld, auf dem der Streit zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung ausgetragen werden wird. Sobald die Herren vor dem Parlament stehen, wird ihnen das Nachrückstück nicht mehr helfen, hinter längst ausgeschiedenen sozialdemokratischen Ministern Deckung zu suchen. Beschluß und Ausführung, Verletzung des Budgetrechts und Höhe der Entschädigung haben allein bürgerliche Reichsminister zu verantworten. Das steht nun einwandfrei fest.

Dr. Höfle verhaftet

Berlin, 10. Febr. Reichsjustizminister A. D. Dr. Höfle ist am Dienstag nachmittags um halb 6 Uhr, nachdem er zu einer Berechnung durch den Untersuchungsrichter Dr. Lindner bestellt worden war, im Gerichtsbau festgenommen worden.

Berlin, 11. Febr. (Eig. Kundendienst.) Die vorläufige Verhaftung des früheren Reichsjustizministers Höfle erfolgte, wie jetzt bekannt, angeblich zur Vermeidung der Verdunkelungsartikeln. Höfle wird in erster Linie unter dem Vorwurf des Verlebens in der ersten Linie unter dem Vorwurf, er verteidigt sich bis jetzt entschieden gegen diesen Vorwurf. Wenigstens will er das Reich nicht bewußt geschädigt haben.

In die eigentliche Barmer-Affäre ist inzwischen ein neues Moment hineingetragen worden, das die von uns behauptete einseitige Art der Untersuchung bestätigt. Der wesentliche Teil aller in den letzten Tagen veröffentlichten richtigen und falschen Enthüllungen kommt bekanntlich von dem polnischen Juden Tammengapf, der sich in diesen Tagen der ebenen Freundschafft aller westlichen Zeitungen rühmen kann. Tammengapf ist ein erstklassiger Angefallter der Werkbank, die ebenfalls zum Barmer-Kongress gehört. Vor wenigen Tagen reiste er nach Holland, offenbar in der Absicht, weiteres Material zu holen. Am Dienstag früh um 8 Uhr kehrte er von dort zurück und wurde am Bahnhof auf Anzeige der Frau Julius Barmer wegen eines Verdachtes der Urkundenverfälschung und der Verletzung, beginnend zur Sicherstellung von Beweismaterial von Kriminalbeamten festgenommen. Diese Mitteilungen stammen von einer den beiden Barmer nahestehenden Seite. Sie erklärt darüber hinaus wörtlich noch folgendes:

Der Beamte führte Tammengapf in ein Nebenzimmer und teilte nach Rücksprache mit dem Festgenommenen der Frau Barmer mit, daß Tammengapf anscheinend kein Material bei sich hätte. Der Beamte begab sich dann in das Nebenzimmer zur Frau Barmer zurück und Frau Barmer und ihre Begleiter hörten nun wie mit der Staatsanwaltschaft telefoniert wurde, wobei auch der Name Tammengapf Erwähnung fand. Tammengapf hatte dem Beamten gegenüber erklärt, daß er im amtlichen Auftrag nach Holland gefahren sei, um sich Material zu beschaffen. Der Beamte kam nach Beendigung des Telefongesprächs wieder aus dem Nebenzimmer und erklärte der Frau Barmer, Tammengapf scheine eine große Persönlichkeit zu sein, da er sich auf seine Beziehungen zu den Staatsanwälten berufe. Frau Barmer verlangte nun, daß der Kriminalbeamte die Dokumente, die Tammengapf bei sich trage, beschlagnahmen solle, worauf er jedoch erwiderte wurde, Tammengapf hätte keine Dokumente bei sich. Dieser Sachverhalt ist von den Rechtsanwälten

Syng-Methoden im Untersuchungsausschuss

SD. Mit dem Reichlichen Untersuchungsausschuss ist eine feltame Wandlung vor sich gegangen. Er sollte von Haus aus die Kreditgeber der Reichlichen Staatsbank untersuchen. Das wäre eine lohnende Aufgabe gewesen, wie die ersten Sitzungen erwiesen haben. Denn es hat sich eine so ungeheure Schlampe in den Geschäftsmethoden dieses staatlichen Finanzinstituts herausgestellt, daß man glauben sollte, das Augenmerk aller Parlamentarier müsse darauf gerichtet sein, wie derartige Zustände reformiert und für die Zukunft verhindert werden könnten.

Statt dessen sieht nun der Ausschuss Tag für Tag, stellt stundenlange Berichte an, ohne daß der Name der Staatsbank noch genannt wird. Die Rechtsparteien und die Kommunisten haben ja so viel Wichtiges zu tun. Man sucht nicht nach Schäden, die zu beseitigen sind, man sucht Stände und Ständchen. Barmats Unterwürigkeit wird gewendet, seine Telefongespräche werden registriert, jedes Geschäft namhafter Barmatscher Firmen aus den letzten sechs Jahren wird unter die Lupe genommen und bis in seine letzten Ausläufer studiert. Jedes Gespräch Barmats mit einem Sozialdemokraten, jeder ausgearbeitete Sündenbund wird zu einer Sensation aufgeblasen. Ueber Stresemanns Beziehungen zu den Betrügerin Sprit-Weber und Wolpe redet man selbstverständlich nicht.

Biel wichtiger als die verfehlte Finanzpolitik der Staatsbank ist beispielsweise die Frage, ob Barmat im Jahre 1919 das Telefon des Reichspräsidenten ein paarmal gratis benutzt hat. Von wegen der Gebühren! Denn wie schön wäre es für die kommende Präsidentenwahl, wenn sich recht viel Klatschgeschichten über die Beziehungen Ebert-Barmat verbreiten ließen. Leider ist es damit nicht. Barmat und Ebert haben sich nur einmal gesehen und bald darauf verabschiedet. Die Genehmigung zur Benutzung des Staatstelefons in wenigen Fällen hat der verlorbene Franz Krüger in völlig gutem Glauben gegeben, da Barmat Lieferungen für die staatlichen Verteilungsstellen übertragen waren, die Telefongespräche zur Effektuierung dieser Lieferungen also im Staatsinteresse lagen. Das genügt den Rechts- und Linksblödsinnigen, um den toten Franz Krüger mit Schmutz zu bemerken. Dabei, daß Barmat eine Generalvollmacht des Generalkommandos Ludwig besaß, während der Zeit des verstärkten Belagerungszustandes das Telefon des Generalkommandos zu Auslandsgesprächen zu benutzen, davon wird natürlich nicht gesprochen.

Aber immerhin, man möchte doch so gern auch dem Reichspräsidenten etwas anhängen und da greift man auf die Raubdecker Methoden zurück. Syngs und Roberts gibt es ja nicht nur in Teplitzer Kasinoveranstaltungen, sondern überall, wo eine größere Menschenzahl tätig ist. Unklassische Angestellte, verzerrte Untergebene, die eine erhoffte Beförderung nicht erreicht haben, und ähnliche Existenzen findet man ja überall gern bereit, in „Belastendem“ Sinne gegen diejenigen auszusagen, die sie für die Urheber ihres Misgeschicks halten. So hatten die Deutschnationalen bereits gegen den Ministerialdirektor Hoff den Kriminalkommissar Klinghammer mobilisiert. Herr Klinghammer ist der Typ eines enttäuschten Karriereemachers. Vor der Revolution taufte er bis auf die Knochen, spielte er nach der Revolution den überzeugten Republikaner und Demokraten, um mit Hilfe sozialdemokratischer Beigeordnete im Polizeipräsidium eine Beförderung zu erlangen. Hierin enttäuscht, schwenkt er zunächst zur Volkspartei und dann zu den Deutschnationalen. Er besitzt ein großes Erinnerungsvermögen insbes. auf Verhältnisse, mit denen er später einmal seinen Vorgesetzten Unmehmenslichkeiten bereiten will. Er bemerkt sie sechs Jahre in seinem Dufte, ohne irgend welche öffentlichen Beschwerden zu beschreiben, um sie dann in einer Geheimmitteilung des Beamtenausschusses nach sechs Jahren auszusagen. Als Subalternbeamter kennt Herr Klinghammer zwar die wichtigsten Tatsachen nicht, aber er hilft sich als Kriminalbeamter auf sein „kriminalistisches Kombinationsvermögen“. Und so kombiniert er wieder darauflos, das tollste Zeug, die unantastlichsten Verdächtigungen, an denen zwar kein wahres Wort ist, die er aber in überzeugtestem Nebenmannston als „ermittelte Tatsachen“ vorbringt.

Dieser Musterzeuge ist durch die sozialdemokratische Besetzung nach kurzem Glanz entfällt und in sein verdientes Nichts zurückgestoßen worden. Aber es scheint, daß eine Fortsetzung vorgezogen ist. Gegen den Reichspräsidenten wird die Sekretärin seines Sekretärs mobilisiert. Diese, ein Fräulein Endralat, soll bekunden, daß der Staatssekretär Meißner vor dem Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt habe, daß Ebert die Telefongespräche Barmats gekannt und gebilligt hätte. Nun ist allerdings das Gegenteil offenkundig, weil bereits ein Schriftstück dem Ausschuss vorgelegt wurde, durch das der Reichspräsident unter Bezugnahme auf diese Fälle jede unehrliche Verwendung des Telefons strengstens untersagt hat. Aber Fräulein Endralat weiß natürlich über dieses wie über die intimsten Staatsgeschäfte wohl nichts, „höhen“ Positionen weit besser Bescheid, sie ist auch die ständige Zeugin dafür, daß die Sozialdemokratie an den Kettegeschichten Barmats mit Progenien beteiligt gewesen sei!!! Wir wollen heute über die persönlichen Motive dieser Zeugin noch nichts sagen, aber vielleicht wird sich auch hier eine Erweiterung der respektablen Größe Syng-Robert-Klinghammer um ein weißliches Mitglied ergeben.

Einstweilen scheint, daß auf diesem Niveau die Verhandlungen noch wochenlang weitergehen sollen. Die Rechte hat, nebst ähnlichen Zeugen, auch den großen Enthüller Georg Davidsohn geladen, da werden wohl Emil Klotz und Linger nicht lange ausbleiben.

Bei allen ist eines lebenerfüllt: der preussische Untersuchungsausschuss hatte das Ohr der Öffentlichkeit. Die Zeitungsberichte über diese Verhandlungen waren ausführlicher als die über die Volltungen des Reichstags und Landtags. Der Ausschuss ist im besten Begriff, sich die öffentliche Aufmerksamkeit zu verschmerzen, indem er immer weiter vom Thema abgelenkt wird und statt sachliche Untersuchungen zu führen, endlos persönlichen Klatsch und Tratsch betreibt. Die Sozialdemokratie ist gegen diese Entwicklung machtlos. Sowie anderen Beweisen im Ausschuss daran gelegen wäre, endlich zur sachlichen Arbeit zu gelangen, dürfen und wollen sie sich der Füt der sinnlosen Antzäge nicht widersetzen, um auch den geringsten Anzeichen zu vermeiden, als ob die Sozialdemokratie etwas verheimlichen wolle. Sie kann bei dieser Art der Verhandlung nur eine positive Arbeit leisten: in jedem Falle, wo wichtiger Klatsch vortreten wird, aus der Fülle der Unwahrheiten und Verdrehungen heraus den richtigen Sachverhalt herausstellen. Das ist in einer ganzen Reihe von Fällen geschehen und einem Duzend Enten wurde bereits der Hals umgedreht. Freilich geht das Fabrizieren neuer Enten auf der Gegenseite bedeutend rascher vor sich, als ihre Entdeckung im Ausschuss.

Der Prozeß des Reichspräsidenten

Der von der Presse der Rechten betriebene systematische Verleumdungskampagne gegen den Reichspräsidenten hat durch das Maaderburger Urteil keine Abmilderung, sondern sogar neuen Antrieb erfahren. Diese Presse arbeitet damit, daß durch die dort gefällte Entscheidung der juristische Landesverrat festgestellt

sei, und unterschlägt nicht nur die an diesem Urteil von allen Autoritäten geübte vernichtende Kritik, sondern auch das, was in dem Urteil selbst diese Landesverratskonstruktion im Grunde wieder aufhebt. Für solche unehrlichen Methoden kann man nur gründliche Verachtung haben. Sie sind genau so zu bewerten wie die übrigen bis zur Begründung des Diebstahls und der Unterdrückung gehenden Verleumdungen. Einen Begriff von dem Umfang dieser Verleumdungskampagne gibt die Tatsache, daß in nicht weniger als 170 Fällen gegen solche Verleumder die Strafverfolgung eingeleitet worden ist. 120 Verleumdungen wurden, bisher erledigt, 50 Fälle hatten noch der Erledigung. Die Verleumder sehen sich aus allen Kreisen zusammen: Barrer, Lehrer, Oberregierungsräte, Studenten, bürgerliche Abgeordnete, der Reichsführer der „Bismarckjugend“ befinden sich bei diesem Feldzuge in brüderlicher Gemeinschaft mit dem jähling bekannten Separatisten Smeets. Die Gerichte aber haben zum Teil — das kennzeichnet die bei einem großen Teil der Richter herrschende Geistesverfassung — ihre besondere Art der Achtung vor dem Reichsoberhaupt und damit der von diesem vertretenen Staatsgewalt durch Strafen von lächerlicher Beringfügigkeit gegen die Verleumder befunden.

Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt diese Zusammenstellung der Einleitung einer solchen erschienenen Schrift „Der Prozeß des Reichspräsidenten“ von Karl Prammer (Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin), die für die Bewertung des Maaderburger Urteils nimmende ganz sichere Unterlagen nebst dem vollständigen Prozeßbericht durch Mitteilung der schriftlichen Urteilsbegründung gibt und zugleich eine Anzahl von Gutachten veröffentlicht, in denen die Unschärfe des Urteils nachgewiesen wird, so u. a. von dem früheren Reichsanwalt Marx, von dem ehemaligen Reichsjustizminister Schäffer und Wabrusch, dem früheren Bismarck-Bauer, dem Professoren Kahl, Niepmann, Eingheim und vielen anderen.)

Kalle, 10. Febr. (Ein Bericht.) Der Regierungspräsident in Regensburg, Genoffe Grünauer, der einem besonders scharfen Verleumdungskampagne der Reichspresse ausgesetzt ist, hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berliner Tageszeitung“ Strafantrag beim Oberstaatsanwalt in Halle gestellt, weil dieser Kalle in seinem „Enthüllungsbildung“ die Behauptung aufgestellt hat, Regierungspräsident Grünauer habe im Jahre 1919 bei den Geburten Barmat ein Darlehen von 4000 Franken gegen Hinterlegung von Sicherheiten aufgenommen, jedoch nach einigen Monaten die Sicherheiten zurückgelassen, ohne das Darlehen zurückzugeben. Diese Behauptung ist unwar.

Die Tätigkeit der Ruhrhilfskasse

Der Ruhestückschädigungs-Scandal gewinnt erst seine richtige Bedeutung durch die Tätigkeit der Ruhrhilfskasse. Durch die genannte Kasse fließen der Ruhrindustrie noch während des Ruhrkampfes alle jene Summen zu, die erst die 720 Millionen Mark-Viebesgabe an die Schwerindustrie zur Angehörigkeit machen, die sie ist.

Die Hilfskasse (Sifa) wurde kurz nach dem Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet gegründet, und zwar durch den damaligen Reichswirtschaftsminister Becker, welcher der deutschen Volkspartei angehörte und dessen intime Beziehungen zur reichsindustrialistischen Schwerindustrie ja bekannt sind. Die Kasse hatte besonders den Zweck, der betroffenen Ruhr-Industrie unter die Arme zu greifen, als das Vorgehen der Franzosen die Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten schränken. Die Unterstellungen hatten die Form von Krediten. Der Sifa standen infolge der Inflation und der gestiegenen Summen zur Verfügung, wobei sie ebenfalls reichlich wie einseitig Gebrauch machte. Unterstellt wurden rund 100 größere Werke, darunter Deutsche-Lux, Weimann, Otto Wolff, Union, Böhm, usw. Diese Kredite haben auf die deutsche Finanz- und Volkswirtschaft einfach ruinos gewirkt und man kann ruhig behaupten, daß sie eine der großen Ursachen für die deutsche Währungszerstörung geworden ist, die wir im Sommer 1923 erlebten. Es gibt Leute, die das Debacle auf dem Devisenmarkt im Sommer 1923 rundweg auf die Sifa-Kredite zurückführen.

Ebenso unzulässig wie die Kreditaufnahme war natürlich auch die Zurückzahlung. Die Sifa-Kredite sind bis heute noch nicht über den Goldfuß markiert worden. Sie wurden bisher in Papiermarken ausbezahlt, die zum Teil die Reichsbank zur Verfügung stellte, abgezahlt. Die Abzahlung der Sifa-Kredite wurde so zu einem weiteren Geheimnis, anna die Vollständigkeit der Reichsbankkredite, Dreimonatskassette, in eine Zeit fiel, wo die Billionenfurde den Goldwert der Papiermark vollständig vernichteten. Man löst die Summe, die durch den Sifa-Apparat der reichsindustrialistischen Schwerindustrie geflossen wurde, auf ungefähr 2 Milliarden Mark. Sie sind der beste Beweis, daß die sozialdemokratischen Angriffe auf die Ruhr-Viebesgabe voll und ganz berechtigt sind. Eine gründliche Gegenrechnung zwischen dem Reich und der Ruhrindustrie dürfte ergeben, daß das Reich selbst über eine weitherrliche gedeckte Grenze in der Entschädigung bedeutend hinausgegangen ist. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß hier eine klare Rechnungslage erlaute.

Entlarbt!

Die Herren der „Würde“

Der Montag wurde im Reichstags zu einer Enttarnung deutschnationaler Volksbetrügers, die im neuen Reiche jedem deutschnationalen Wähler vor Augen kommen sollte. Jabrelang haben die Deutschnationalen das Volk dadurch belogen, daß sie ihm einredeten, nur die Schwäche der republikanischen Parteien betreibe eine Politik nationaler Würdelosigkeit, während die Deutschnationalen ganz andere politische Kräfte einschlagen würden. Nun haben sie an vergangenen Samstag noch einmal verübt, diesen Schwindeltrick anzuwenden. Der Führer ihres böstlichen Klügels von Freitag-Voringshoven hat erklärt, daß ein Teil seiner Fraktion gegen den Handelsvertrag mit Estland stimme, weil er die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches schädige. Diese verlogene Mitteilungsprobe wurde

von der Sozialdemokratie zerrissen. Weil wir erklärten, gegen einen von der stärksten Regierungspartei derart charakterisierten Vertrag zu stimmen, haben die Deutschnationalen über Sonntag eine gründliche Geisteserforschung und Befragung vorgenommen. Der gleiche wilde Deutschnationale v. Freitag-Voringshoven trat am Montag auf die Tribüne, um zu beichten, daß die Haltung der Sozialdemokratie zu einer Nachprüfung der Stellungnahme der Deutschnationalen geführt habe. Auch diejenigen Deutschnationalen Fraktionsmitglieder, die erst gegen den Vertrag stimmten wollten, seien nun entschlossen, für den Vertrag einzutreten. Also sprach v. Freitag-Voringshoven: Am Samstag ist der Vertrag eine Schädigung der Würde und des Ansehens des Deutschen Reiches, am Montag sind Würde und Ansehen des Reiches wiederhergestellt, und man gibt dem Vertrag mit gebrochenem Rückrat die Stimme. Jeder Sob der deutschnationalen Revitalisation wurde von der Linken mit stürmischen Selbsterkenntnis quittiert. Nur die Kommunisten versuchten durch Zwischenrufe ihren Deutschnationalen ein wenig zu Hilfe zu kommen. Dittmann stellte fest, daß die politische Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie einen ersten Erfolg erzielt habe, und der Demokrat Koth erklärte, eigentlich müsse man die beiden Reden von Freitag-Voringshoven öffentlich anschlagen, damit das Volk sehe, wie leichtfertig und wie verlogen die deutschnationale Agitation sei. Um keinem Deutschnationalen Gelegenheit zu geben, sich von der Abstimmlung für einen Vertrag zu drücken, der nach den Worten eines ihrer anerkanntesten Führer Würde und Ansehen des Reichstages schädige, bestritten Sozialdemokraten und Demokraten namentliche Abstimmung. Mit 244 gegen 129 Stimmen wurde der Handelsvertrag mit Estland angenommen. Innerhalb zwei mal vierundzwanzig Stunden waren die deutschnationalen unter dem Druck der sozialdemokratischen Opposition elend zusammengebrochen.

Rumpelstilzchen

Von Hans Bauer

In der „Sifa“ ist eben ein Artikel erschienen, der einen interessanten Einblick in die deutschnationale Wirtschaftspolitik gewährt. Wir wissen längst, daß die Redakteure der nationalindustrialistischen Zeitungen, die mit einer leichten Handbewegung etwas Herriot als irgend einen kleinen Rindler hinstellen, dem sie eigentlich schon zu viel Ehre antun, wenn sie sich mit ihm befassen, doch nur geistige Kommiss sind, die an der Kette ihrer Herren, der Großindustriellen, liegen, daß ein groteskes Mißverhältnis walten muß zwischen der Substanz, in der sie sich geben und der besonnensten Abhängigkeit, in der sie sich befinden. Wir wissen das und lassen uns den Apparat, der die Kunde eines auf Klatsch gegängenen Profit-Patriotismus selbsteigentlich verleiht, doch auch zehnmal etwas detaillierter schälen. Es wird in jenem Artikel auch ein „Rumpelstilzchen“ Erwähnung getan, der an den größten Teil der Provinzpresse durch Vermittlung des Deutschen Pressedienstes politische Briefe verschendet, die durch ihren plaudernden Ton ein besonders empfindliches Publikum finden. „Rumpelstilzchen“ ist ein Pseudonym. Der Name entnimmt dem deutschen Märchenbuch und klingt lebenswichtig-anheimelnd, riefte nach dem Duft entschwebender Traumwelten. Der Deutsche Pressedienst untersteht dem Doktor Hugenberg, einem Vertrauensmann der Schwerindustrie, einem Geschäftsfreund des Stinnes. „Rumpelstilzchen“ ist ein Angestellter Hugenbergs und hat, wenn er nicht fliegen will, die Interessen der Schwerindustrie wahrzunehmen. Im allgemeinen besorgt das die Schwerindustrie selbst die Form robuster Mittel: durch Druck des Lohnneubaus, durch Finanzierung der Rentenrevolution, durch wunderliche Vertierung der Lebenshaltung. Wir kennen das brutal-sternende, gäbelstielende Gesicht der Schwerindustrie von den Wäldern des Georg-Groß. Aber dann hat sie eben auch noch das Rumpelstilzchen-Gesicht, das sentimental, ins Rockelland gewandte „Rumpelstilzchen“ schwingt keine Hungerpein und ist kein Stabenhalter. Er hat die Stellenkappe auf und ist im Herzen eine lebenswichtige Idealfigur. Eigentlich möchte er überhaupt ganz Kinderland sein und eine verträumte Märchenzeit heraus führen. Leider muß er sich vorerst einmal damit befassen, die Republik zu geißeln, die rumpelstilzchen — entfreundete.

Einmal unterhand „Rumpelstilzchen“ den gültigen Feen und der Meinst seines schlichten Herzens. Nun gehört es dem Deutschen Pressedienst des Doktor Hugenberg von der Großindustrie. Einmal fing es die Seelen der kleinen Kinder ein für die leichte Welt der schönen Phantasie, nun versucht es die Herzen der großen Kinder für die Realität der materiellen Selbstinteressen zu gewinnen. Aber was sollte es in diesen schlechten Zeiten auch anderes tun, als zur Industrie hinüberzuwechseln.

Der Streit im böstlichen Lager

Der Streit um die Führerschaft der Böstlichen ist nunmehr in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Wie das Münchener Organ „Ludendorff“, der „Böstliche Kurier“, angeblich aus Berlin erfährt, beabsichtigt der Kreis um Busse und Henning schon in den nächsten Tagen mit der Gründung einer „Deutschnationalen Freiheitsbewegung“ an die Öffentlichkeit zu treten. Der Hauptprogramm dieser Neugründung soll die soziale Standesgemeinschaft sein. Politisch betrachtet stellt sich das Vorgehen Busse und Genossen offensichtlich als ein entschlossener Versuch gegen die gegenwärtige Reichsführerschaft Ludendorff-Strasser-u. Graefe dar, deren Rücktritt schon aus formalen Grund der Haftentlassung Hitlers in böstlichen Kreisen längst erwartet wurde.

Nach dem Vorgehen auf der Freuhingelung der Böstlichen anzunehmen, daß Herr u. Graefe bei diesem Schritt seiner Berliner Freunde mit dem Kampf um die Führerschaft hilfsbereit und einverstanden ist. Das Organ Ludendorffs bedeutet die Wendung der Dinge, weil damit den Entschlüssen der Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vorgegriffen werde. Gleichzeitlich versichert jedoch das Blatt, daß, so wie die Dinge stehen, eine längere Vertagung der böstlichen Kreise sich allerdings kaum mehr rechtfertigen lasse. Es sei damit zu rechnen, daß die Reichsführerschaft in den nächsten Tagen schon von sich aus zu der Lage Stellung nehmen wird. Tatsächlich ist auffallend, daß außer Ludendorff auch der eigentliche Stellvertreter Hitlers in der Reichsführerschaft, der Vaher Strasser, bereits völlig in der Vertiefung verschwunden ist und sich gleich Ludendorff im Reichstags nicht mehr bilden läßt.

Haarmann und Grans

Die Haarmannaffäre wird immer mehr zum Roman. Das Neueste von dem Mal zum Tode verurteilten Mörder ist, daß er es, wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, fertig gebracht hat, trotz der strengen Bewachung, die man einem solchen Verbrecher gegenüber doch wohl als selbstverständlich voraussetzen darf, einen seit langen Brief zu schreiben und diesen Brief aus dem Gefängnis an den Adressaten gelangen zu lassen. Der Brief enthält nichts weniger als einen glatten Widerruf aller von Haarmann gegen Grans erhobenen Beschuldigungen wegen der Teilnahme an den Morden. Nach einer dem „Sonderdruck“ zugehenden Mitteilung soll Haarmann, als man ihn dieser Tage vom Gerichtesgefängnis nach dem Postgefängnis beförderte, wo er den von ihm wegen Verzehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches beschuldigten gegenübergestellt werden sollte, in der Nähe der Hauptpost diesen in einem alten Briefumschlag gesteckten Brief aus dem Ansa geworfen haben. Ein in der Gasse wartender junger Mann habe ihn aufgehoben und dem Adressaten, dem Vater des Grans, zugestellt. Dieser hat dann den Brief, nachdem er eine Abschrift davon genommen hatte, der Staatsanwaltschaft übergeben.

Der Brief Haarmanns hat insofern weitgehende Folgen, als damit dem Verteidiger des Grans ein Instrument in die Hand gegeben wird, ein Widerruf aufzunehmen, in die Wege zu leiten. Es erübrigt sich, Erwägungen darüber anzustellen, ob und inwiefern der Brief Haarmanns Glauben verdient und findet. Der Frage Mörder hat nachgerade fast jaumangellos, daß es viele geben wird, die in diesem Briefe weniger die Neugierde als das Bestreben sehen werden, vor dem Scharfrichter, der seiner wartet, seinen Kopf so lange wie möglich zu retten. Was aber noch mehr Aufsehen hervorruft als der Inhalt des Briefes, ist die Tatsache, daß Haarmann ihn unbedenktlich schreiben und befördern können. Um über den Wert des Haarmannschen Briefes sich ein Urteil bilden zu können, wird es jedenfalls nötig sein, die Papiere aufzudecken, die ihn vielleicht noch mit der Außenwelt verbinden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. Februar 1925.

Am Regierungstisch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Abg. Dr. Weder (Dsp.), der sich gegen die Angriffe des „Berliner Tageblattes“ im Zusammenhang mit Krediten, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsbetrieben gegeben worden sind, wendet. Der Redner bezieht sich zunächst auf die Sita nach Beginn des Ruhrkampfes gegründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde. Die Sita sei bereits im Jahre 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsinhaber gegründet worden, um in der schweren Übergangszeit gewerkschaftlichen Unternehmungen Mittel für die Mobilisierung zu gewähren. Als es während des Ruhrkampfes notwendig wurde, auch kleineren u. mittleren Unternehmungen mit Krediten beizuhelfen, benützte man der Einfachheit halber die schon bestehende Organisation der Sita. Die Größtindustrie war schon wegen der Beschränkung der Mittel der Sita von vornherein davon ausgeschlossen. Der Redner weist die Behauptung zurück, daß er (Weder) mit der Sita in Verbindung verwickelt und verwickelt sei und bezieht diese Behauptung als gemeine und ehrschmeißerische Verleumdungen. Er sei nur einmal im Vorstand der rheinischen Stahlwerke gewesen. Dieses Verhältnis wurde geklärt, als er in das Kabinett Cuno eintrat. Nur einem Düsselborfer Werk sei ein Kredit eingeräumt worden, da sonst einige Tausende Arbeiter hätten entlassen werden müssen. Eine später auf seine Veranlassung eingeleitete Untersuchung sei ergebnislos geblieben. Die Rückzahlung sei gleich darnach erfolgt. Die von Berliner Tageblatt genannten angeblichen Verwalter der Sita im Ministerium seien in Wirklichkeit nur Referenten. Beide seien pflichttreue Beamte, von denen einer der sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn von übrigen ein Betrag von 2000 Goldmarken genannt werde, so sei ja schon festgestellt, daß höchstens ein Betrag von 10 Goldmarken in Frage kommt. Der Redner schließt, daß er das Urteil über diese Dinge dem Hause und der Öffentlichkeit überlassen werde. Eine anständige Presse werde sich gewiß nicht dazu hergeben, dem Ausland Kampfmateriale zu liefern. (Großer Beifall bei den Sos.)

Es folgt die Besprechung des Abschnittes „Wohnungs- und Siedlungsfragen“ und zwar zunächst des Wohnungswezens. Abg. Eilbergschmidt (Sos.) betont, daß auch hier Bestrebungen im Gange seien, die alten Zustände der ungebundenen Wohnungswirtschaft wieder einzuführen. Der Redner fordert, daß die Mittel für den Wohnungsneubau in gleichem Maße von der Gesamtheit getragen werden. In einem Abbau der Wohnungswirtschaft und des Mietzinses dürfe man nicht denken, sondern man müsse zu einem Volkswohlstand kommen.

Abg. Winnefeld (Dsp.) erklärt, die Wohnungsfrage dürfe nicht nach politischen Motiven behandelt werden. Der Redner fordert Abbau der Wohnungswirtschaft und des Mietzinses, um den Mietern eine selbstverständliche auch eine entsprechende Regelung der Löhne verbunden sein.

Abg. Eichhorn (Komm.) stellt fest, daß die Not der Mieter tatsächlich größer sei als die der Hausbesitzer. Der Abbau der Wohnungswirtschaft würde einen schlimmen Wohnungsnot zur Folge haben.

Abg. Karst (Dsp.) hofft, daß nach einer Verständigung zwischen Hausbesitzern und Mietern möglich ist. Eine Beschränkung in der Wohnungswirtschaft müsse auf jeden Fall erfolgen. Selbstverständlich könne die ganze Zwangswirtschaft heute noch nicht fallen.

Abg. Hönneburg (Dem.) betont, daß die Voraussetzung für die Beseitigung der Zwangswirtschaft eine umfangreiche Bautätigkeit sei. Der Redner fordert, daß dem Baustoffwunder unterschiedener entgegengetreten werde. Der Redner verlangt weiter ein Bodenreformgesetz, um der Bodenpekulation entgegenzutreten.

Abg. Dr. Steiner (Dsp.) wünscht planmäßigen Abbau der Wohnungswirtschaft und größere Einseitigkeit bei der Verwendung der Baustoffe. Der Redner tritt insbesondere für Abhilfe der Wohnungsnot in Oberösterreich ein.

Abg. Jörissen (Wirtsch. Pa.) erklärt, mit einem Sprung könne man nicht zur freien Wirtschaft übergehen, aber der Abbau müsse gemacht werden. Alles andere würde sich dann von selbst finden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betont, daß die Regierung beabsichtigt sei, auf eine Einseitigkeit der Mietzins in den Ländern hinzuwirken.

Nach 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr vertagt.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.) bittet, ebenfalls eine Erklärung abgegeben zu dürfen.

Präsident Lohse erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten eingereicht werden müsse.

Es schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte hieran an, die damit endet, daß Präsident Lohse feststellt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung dieser Erklärung einzutreten.

treten. Für heute sei dies jedoch geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete werden entsprechend den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Einigiglich beschließt wird ein Gesetzentwurf über die Fortgewährung der Weisbegünstigung an die Reichsstaatsanwaltschaft.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung des Abschnitts Tarifverträge und Lohnwesen.

Abg. Frau Behm (Dsp.) fordert baldige Verlegung des Seimarbeiterlohngesetzes. Auch zum Schutz der Seimarbeiter seien Schiedsgerichte notwendig.

Abg. Frau Seiber (Sos.) wünscht, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeitnehmervertreter zugezogen werden. Das würde wesentlich zur Verständigung beitragen. Die Nebenberufstätigen in der Arbeiterkammer zu bewilligen.

Ministerialdirektor Sinner erklärt, die Tätigkeit des Schlichters habe sich durchaus bewährt. Eine Statistik darüber werde ausgearbeitet werden. Die Tarife der Angestellten wären nie zustande gekommen, wenn nicht das Arbeitsministerium mit einer gewissen Energie eingegriffen hätte.

Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Ueber die Frage der Ausführlaufbeweisung eines sozialistischen Antrags auf Bewilligung von 20 000 M. für die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. muß Auszählung erfolgen, da die Zustimmung zweifelhaft bleibt. Mit 189 gegen 94 Stimmen wird Verweisung an den Hauptauschuß beschlossen.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags legt die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fort. Abg. Landsberg (Sos.) fordert die Beseitigung der in der Zeit der Not erlassenen neuen Strafprozedur. — Staatssekretär Geel hält die Beseitigung der neuen Strafprozedur für ausgeschlossen. Sie wird auch von namhaften Juristen durchaus anerkennend beurteilt und bedeutet einen großen Fortschritt. Das gilt insbesondere für die neue Form des Schwurgerichts. — Abg. Lohmann (Dsp.) ist der Meinung, daß mit der jetzt in Geltung befindlichen Strafprozedur überwiegend Gutes geschaffen worden sei. Was man erziehen müsse, sei noch eine bessere Ausbildung des Berufsrichters, aber nicht eine weitere Vermehrung des Laienregiments.

Südwestdeutsche Wirtschafts- und Verkehrsfragen vor dem Reichstag

Aus Berlin, 5. Februar, wird uns geschrieben: Der Haushalts- (Haupt-) Auschuß des Reichstags beriet gestern und heute den Etat des Verkehrsministeriums, bei dem eine Reihe von Fragen erörtert wurden, die für den deutschen Südwesten, insbesondere auch für das Land Baden, von großer Bedeutung sind. In erster Linie sind hier die sogen. Wasserumschlags-Tarife zu nennen, die vor dem Kriege bekanntlich schon bestanden hatten, und auf denen sich nicht zuletzt die günstige Entwicklung der Rheinschiffahrt und der oberrheinischen Rheinhafenplätze aufbaute. Der Krieg hat auch damit aufgeräumt, und der jetzige Staffeltarif der Reichsbahn mit seinen starken Ermäßigungen für Transporte auf weite Strecken brachte in Verbindung mit der starken Konkurrenz der billigen französischen und belgischen Frachten sowie mit den deutschen Seeschiffen-Tarifen, die den Transport zu Wasser im Binnenland teilweise völlig unterbinden, namentlich am Oberrhein die Hafenplätze in schwächerer Nachstelle. Es war insbesondere auch die Handhabung der früheren Wasserumschlags-Tarife, die den fernen, getragenen, teils zu Wasser, teils per Bahn erzielenden Transport als einheitlichen Verkehrsweg behandelte und ihn damit die tarifliche Vorteile des langen Transportes gewährte, mit Nachdruck betrieben und dafür auch die übrigen Interessenten am Oberrhein gewonnen hatte.

In der heutigen Sitzung des Reichshauschhalts-Auschußes unterhielt der Abg. G. e. d. Mannheim die Forderungen mit Nachdruck unter Anführung einiger markanter Beispiele für die Schädigungen, die den Oberrhein-Häfen durch die Seeschiffen-Tarife (Hamburg, Bremen, Rotterdam, Antwerpen) erwachsen. So koste z. B. ein Wagon (15 Tonnen) Hafn von Bremen an die holländisch-seemehrige Grenze per Eisenbahn zum Seehafen-Tarif rund 300 M., in Rotterdam auf Rheinbahn umgeschlagen und ab Mannheim per Bahn bedürftig ca. 420 M., also etwa 120 M. mehr. Die Forderungen der Oberrhein-Häfen seien von der Mannheimer Handelskammer ausgearbeitet und an die Reichsbahn-Direktion Köln weitergegeben worden, die als vorliegende Direktion des Auschußes für Wasserumschlag-Tarife zur Bearbeitung zurückgeblieben sei. Man warte aber heute schon mehr als vier Monate, ohne daß eine Entscheidung getroffen worden wäre, oder auch die Interessenten-Aussprache festgehalten hätte, die im Frühjahr von Köln beabsichtigt worden war. G. e. d. fragte nun an, wie weit die Angelegenheit im Verkehrsministerium gedenke, und ob man dort jetzt endlich einschließen sei, die prekäre Situation von Rhein-Häfen und Rhein-Häfen mit den Wätern der Tarifpolitik zu beklagen.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Krehne antwortete darauf, daß er sich auf dem Standpunkt, daß die Wasserumschlag-Tarife jetzt unbedingt wieder geschaffen werden müßten und nicht mehr länger verschoben dürften. Er gebe darin durchaus einig mit der Generaldirektion der Reichsbahn-Gesellschaft, die die Notwendigkeit der Wiedereinführung solcher Tarife gleichfalls anerkenne, und die Wasserfrachten wieder mehr, als es in den letzten Jahren geschah, zu den Wassertransporten heranzuziehen. Sollte die Entente aus der beschiedenen neuen Tarifgestaltung hinsichtlich der Berechnung der Transportkosten für Reparationszwecke usw. gewisse Schwierigkeiten ziehen, so wäre es an der Zeit, diese Frage einmal vor das vorgeordnete internationale Schiedsgericht zu bringen, um eine das deutsche Interesse wahrende Entscheidung herbeizuführen.

Einen weiteren Anlaß zur Wahrung der Wirtschafts- und Verkehrsinteressen speziell des badischen Landes gab dem Abg. G. e. d. ein Vorstoß des württembergischen Abg. G. o. f. im Reichshauschhalts-Auschuß, der die Schnellfahrstrecke Berlin-Westphalen betraf. Der Abg. G. o. f. hatte es als „selbstverständlich“ bezeichnet, daß der Abbau dieser Linie über Würzburg-Erlangen-Siegen-Saarbrücken-Bild bei nationaler, jenseit über Frankfurt a. M.—Mannheim/Heidelberg-Basel dagegen ein Weg mit der Strecke um Dorn sei. Demgegenüber hob Abg. G. e. d. die technische Überlegenheit der Rheintal-Linie hervor, die in ideal geistlicher Führung, ohne jede verlorene Steigung, mit einer einzigen Spitzkurve und durchweg zweigleisig ausgebaut, eine geradezu ideale internationale Schnellzuglinie darstelle, während Würzburg—Stuttgart—Bild eine „Berg- und Talbahn“ mit mehreren hundert Meilen verlornere Steigung, nicht weniger als drei Spitzkurven und vier Ränge nur einseitig sei. Zudem lägen an der Rheintal-Linie nicht weniger als neun größere Städte mit circa 1,3 Millionen Einwohnern, während die württemberg. Konfurrenzlinie von Würzburg bis Jülich an bedeutenden Plätzen nur Heilbronn, Stuttgart und Göttingen mit höchstens 450 000 Bewohnern besitze. Die

technische Überlegenheit der Rheintal-Linie komme schon darin zum Ausdruck, daß die schnellste Verbindung Frankfurt a. M.—Basel heute sechs Stunden erfordere, während die etwa gleich lange Strecke Würzburg—Bild nicht unter neun Stunden zu rüchgelegt werde.

Zum Schluß wies G. e. d. aber noch mit Nachdruck auf die nationale Seite der Angelegenheit hin, die moralische Verpflichtung des Reiches gegenüber der durch Krieg und Nachkrieg, Besetzung und Verkehrs-Abschnürung usw. so schwer heimgesuchten rheinischen Bevölkerung und Wirtschaft und der durch den Verlust Elzsh-Rohringsen neu geschaffenen Grenzlage Badens. Die Länder am Rhein hätten sich so lange Jahre treu und opferberei vor das Reich gestellt, daß sie jetzt mit Recht erwarten dürften, daß das Reich sich jetzt ebenso entschlossen hinter sie stelle.

Aus dem Freistaat Baden

Schulfragen im Haushaltsauschuß des Landtags

Am Freitag legte der Haushaltsauschuß die Aussprache über die Schulfragen fort. Es handelt sich immer noch um die Umwandlung der 600 Unterlehrerstellen in solche für Hauptlehrer. Ferner steht ein volkswirtschaftlicher Antrag zur Verhandlung, der verlangt, daß auf dem Gebiet des Schulwesens keine Dienststellen mehr abgebaut werden sollen. Von sozialdemokratischer Seite wird ihm zugestimmt. Von 600 Stellen nimmt die Regierung wieder eine etwas andere Stellung als tags zuvor ein; statt sich auf den eigenen Vorschlag festzusetzen, erwägt sie „Möglichkeiten“. Von Zentrumsseite werden immer wieder finanzielle Bedenken vorgebracht. Schließlich wird ein Antrag Dr. Baumgartners angenommen, der einen Gesetzentwurf verlangt. Damit ist diese Frage wieder an die Regierung zurückgegeben, die nun endgültig Stellung nehmen muß.

Eine längere Aussprache knüpft sich an einen Zentrumsantrag, der haben will, daß ein Lehrer auf Wunsch der Ortschulbehörde zu verlesen ist, falls durch seine Niederlegung des Religionsunterrichts die Erteilung desselben „erschwert“ sei. Von demokratischer Seite wird ausgeführt, daß dem die Verfassung entgegenstehe. Ein Zentrumsjurist ist der gegenteiligen Ansicht.

Von sozialdemokratischer Seite wird betont, es liege gar kein Grund vor, den gegenwärtigen Zustand zu ändern. In der Verfassung sei den Kirchen der Religionsunterricht garantiert, aber es sei keine Rede davon, daß es nun ein bestimmter Lehrer sein müsse, der diesen Unterricht erteilt. Von der Regierung wird behauptet, daß man diesen Antrag eingebracht habe; es liege kein Grund vor, da Schwierigkeiten in dieser Hinsicht bisher immer auf dem Wege der Verwaltung gelöst worden seien. Die Austritte von Lehrern aus der Kirche seien sehr gering; in den letzten sechs Jahren haben im ganzen 74 Lehrer den Religionsunterricht niedergelegt; 1923 waren es vier, 1924 fünf Lehrer. Von einer Seite wird mitgeteilt, daß in den letzten Jahren einem katholischen Lehrer von seiner Kirche die Erteilung des Religionsunterrichts unteragt worden sei, weil er der „Antichristophobischen Gesellschaft“ angehört. Ein Zentrumsredner meinte, man sollte die Lehrer auch wie andere Beamte verstehen können. Ein sozialdemokratischer Vertreter erwiderte ihm, dann müsse man aber auch genügend Stellen schaffen, die ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis zu besetzen seien. Die Debatte wird hierauf hier abgebrochen, damit die Fraktionen Stellung nehmen können.

Ebenso werden die Anträge, die sich mit der Junglehrer- not beschäftigen, zurückgestellt, da man erst die Lösung der nichtterminierten Schulplandaten abwarten müsse. Voraussichtlich wird die Schuldebatte erst wieder aufgenommen, wenn der Gesetzentwurf der Regierung vorliegt.

Die Durchführung des Volkstrauertages in Baden

Wie bekannt, hat das Reichsministerium des Innern in einem Erlaß sämtliche Landesregierungen darauf hingewiesen, daß es den Wünschen des deutschen Volkes entspreche, schon in diesem Jahre den sechsten Sonntag vor Ostern — 1. März — als Volkstrauertag zu bezeichnen. Die Einführung eines solchen Volkstrauertages zum Andenken an unsere Gefallenen ist vor allem auf die vorbildliche Tätigkeit des Volkshundes Deutsche Kriegesgräberfürsorge zurückzuführen, dessen hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegesgräberfürsorge leider in Baden noch zu wenig bekannt ist.

Der Erlaß des Reichsministers des Innern bittet in erster Linie darauf hinzuwirken, daß Lustbarkeiten, die der Bedeutung des Tages als einem allgemeinen Volkstrauertag widersprechen, nicht stattfinden, unterbleiben. Die öffentlichen und auch die privaten Gebäude werden an diesem Tage halbmast flagen. Mit den Spitzenhöfchen der drei Religionsgemeinschaften ist vereinbart, daß der Gottesdienst am Vormittag des 1. März im Zeichen des Volkstrauertages abgehalten werde. Mittags von 1 Uhr bis 1.15 Uhr werden alle Glocken läuten. Kirchenfeste für die Kriegesgräberfürsorge sollen erhoben werden.

Um die Organisation des Volkstrauertages in Baden durchzuführen, hatte der Landesverband Baden für Kriegesgräberfürsorge alle interessierten Kreise zu einer Sitzung eingeladen. Erschienen waren dazu Vertreter der Stadtverwaltung, der Kirchenbehörden und einzelner Vereine. Es wurde dabei mitgeteilt, daß man von der ursprünglich beabsichtigten Durchführung einer zeitlich begrenzten Verkehrsruhe Abstand genommen habe. Im allgemeinen werden die von Reichsminister des Innern gegebenen (und oben angegebenen) Richtlinien auch in Baden durchzuführen sein. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Sportveranstaltungen abgebrochen werden sollen, am 1. März von der Abhaltung sportlicher Veranstaltungen jeglicher Art abzusehen. Man will ferner mit dem Ministerium des Innern in Verbindung treten, damit die nötigen amtlichen Anordnungen zur würdigen Ausgestaltung des Volkstrauertages rechtzeitig erlassen werden.

Gerichtszeitung

Ein Aussenprozeß. Vor dem Großen Schöffengericht in Mannheim im Beginn am Montag ein großer Aussenprozeß, bei dem sich 28 Angeklagte wegen Ausfärbungen vor der Automobilfabrik am 3. und 6. März vorigen Jahres zu verantworten haben werden. Bei diesen Ausfärbungen kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Mit Latzen, Stangen, Säulen wurde auf die Polizeibeamten eingeschlagen und dadurch eine Situation geschaffen, die das Schlimmste befürchten ließ. Nur dadurch, daß die Besatzungsbehörde in letzter Stunde einschritt, wurde das Verbrechen abgelenkt. Für die Dauer des Prozesses wurden besondere Vorkehrungen getroffen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnankoski

26 Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Mutela lehnte gewissermaßen vom Arzt zurück. Die anderen, vor allem Hanna, hatten ihn gedrängt, wegen seiner heftigen Erklärung Hilfe zu suchen. Er war gegangen.

Nicht feinetwegen, denn er fühlte, daß ihn das Leben fast vollständig gesund gemacht hatte, es fehlte kaum noch etwas. Und hier hatten äußere Arzneien keine Bedeutung, das fühlte er auch. Wegen der anderen hatte er sich jedoch in der Apotheke seine Glöcke mit etwas füllen lassen.

Aber Arznei wollte er wirklich von dieser Fahrt mitbringen — für die anderen.

Die Arznei hatte er jetzt in der Tasche.

Er war ihrer Wirkung sicher. Und als er nun langsam den einsamen Waldweg dahinfuhr, wiederholte er in seiner Erinnerung noch einmal, aus welchen Stoffen sie zubereitet war.

„Ich tue als meinen letzten Willen kund, daß der mir gehörige Gutshof Hovi nach meinem Tode an meine Ehefrau Manta Kuskaas Tochter Mutela und an unser einziges Kind Kuskaas Sohn fallen soll, und zwar nach dem Geheiß zu gleichen Teilen.“

Das ist recht und billig — dachte er —, denn der Reskitalo-Hof ist genau für ihre Schulden drausgegangen, so daß sie hier nichts zu beanspruchen haben. Du, Kuskaa Reskitalo, gedachtest für deine Familie aus fremdem Eigentum erben zu können. Nun ist von der Strafe ein fremder Erbe gekommen, der alles an sich reißt — damit du verstehst, wie empfindlich uns das Leben in die Schute nimmt.

„Da aber das Erbeil unseres Sohnes, wenn es in einem großen Gutshof angelegt wäre, von dessen zukünftiger Bewirtschaftung niemand weiß, vor seinem Mündigwerden sich verringern oder verloren gehen könnte, bestimme ich, sein Vater, daß das Gut nach meinem Tode sofort in Geld verwandelt und des Kindes Anteil auf der Bank niedergelegt werde, wovon ihm die laufenden Zinsen ein sorgenloses Auskommen gestatten werden.“

Das kann dir hart erscheinen, Reskitalo — dachte er wieder. Aber so muß es geschehen; wonach man unrechtmäßig die Hand ausgestreckt hat, davon muß das Herz losgerissen werden. Und ich weiß, daß ihr alle gern nach Tavastland zurückkehren möchtet; wider euern Willen seid ihr hierhergekommen. Jetzt könnt ihr gehen, und niemand hat etwas zu sagen, denn auf dem Papier steht, als das letzte Wort des Sterbenden, daß er mein Sohn ist.

„Drittens fallen alle fahrende Habe und alles Geld nach dem Geheiß an meine Ehefrau und meinen Sohn, außer den siebentaufend Mark, die ich auf der Sparkasse zu Tavastland auf den Namen meiner Schwester Karolliina Hetas Tochter niedergelegt habe, und die nach meinem Tode folgendermaßen zu verteilen sind: an meinen Schwiegervater Kuskaa Reskitalo und seine Ehefrau je tausend Mark, an ihre Kinder Vihtori, Kalle, Hanna und Helka je tausend Mark sowie an meine vorgenannte Schwester Karolliina Hetas Tochter tausend Mark. Das Sparkastensbuch befindet sich in meinem Wandbroschur.“

Nun, Reskitalo, wirst du wohl einsehen, daß ich keinen Groll gegen dich hege, sondern daß ich alles gut habe einrichten wollen. — Hanna hätte ich gern den doppelten Anteil gegeben. Da aber für jeden gerade tausend Mark vorhanden waren, muß ich es als einen Wink Gottes auffassen, daß man Herzengüte nicht mit Geld belohnen soll.

Er fuhr lange still weiter, mit dem sommerlichen Naturringum bildend und sich gleichsam fragend, was sie wohl von diesen seinen Verfügungen denken.

„Das dürfte richtig sein sowohl vor Gott als vor den Menschen.“

Er stellte sich weiter vor, wie er dann in seiner Todesstunde das Testament Manta geben werde.

„Sieh es nicht an, bis ich gewaschen, gekleidet und auf dem Brett ausgestreckt bin — dann lies es.“

Und er stellte sich weiter noch den Augenblick vor, wo sein Testament schließlich gelesen wurde. Er glaubte ableibhaftig vor sich zu sehen. Wie die ganze Familie still in der Stube saß, die Türe zu der Kammer geöffnet, in der er, Mutela, auf seinem Brett ruhte.

„Mutela hat ein Testament hinterlassen“, sagt Manta leise und zieht das Papier hervor.

„Ein Testament?“ rufen alle — Reskitalo laut, die anderen mit Widen.

Manta fängt an zu lesen. Er gewahrt von seinem Brett aus, wie sich der erste Absatz schwer und erdrückend auf sie herabsenkt, wie sie einander überaus ansehen.

„Gerade, wie ich gedacht habe“, lächelt er auf seinem Brett.

Manta liest weiter. Der zweite Absatz verbreitet gleichsam den Klang der Poasane des Jüngsten Gerichts in der Stube, indem er verkündet, daß die Pläne der Menschen zusehender werden vor der Ewigkeit.

Er sieht, wie Reskitalo seiner Frau den Kopf zuwendet und ihre einen langen gebrochener Blick zuwirft. Dann bekommt er einen Hustenanfall, einen heftigen als je, und die alte Frau eilt herzu und klopf ihm auf die Schultern. Den Husten sind die Tränen in die Augen geschossen, und sie blicken einander an: hat denn Mutela gar nicht an uns und unsere gemeinschaftliche Arbeit gedacht? Er fühlt einen Schmerz, als er dies sieht.

„Jetzt könntest du weiterlesen, Manta!“ nickt er von seinem Brett aus, während er die Tränen aus in seinen Augenwinkeln spürt.

Manta liest den dritten Absatz. Auch Reskitalo versucht seinen Husten zu unterdrücken, damit er hören kann. Als er zu Ende ist, scheint es ihm, als sei die Nacht des Gerichts nun vorbei, und die Erde liege in Asche, dafür

aber dümmere eine neue Welt im tagenden Widerschein der Ewigkeit.

Alle sehen sich an, und er bemerkt, wie sich in ihren Augen ein großer, stiller Frieden entzündet.

„Gerade, wie ich gedacht habe“, lächelt er auf seinem Brett.

„Sie sitzen lange schweigend da, ohne daß einer ein Wort spricht. Da steht Helka trübselig froh auf und geht fast laufend zu Reskitalo und der alten Frau.“

„Jetzt kommen wir ja nach Tavastland?“ ruft sie aus.

„Gewiß, jetzt kommen wir hin“, sagt Reskitalo langsam und nickt mit dem Kopf.

„Das verdanken wir Mutela“, fügt die alte Frau hinzu, indem sie sich die Tränen aus den Augen wischt.

Reskitalo aber steht auf und kommt an die Kammertür. Er blickt nach dem auf dem Brett ruhenden Mutela — dann nickt er ihm zu:

„Ja, Mutela, du hast alles gut gemacht. Erst jetzt erkenne auch ich Gott — daß er nicht in den Bibelprüdgen ist, sondern im Leben.“

Das Pferd ging gemächlich die lange Steigung hinan. Mutela fühlte, wie ihm das Fieber in allen Gliedern zuckte, sie zerrte, durchkästete und steif machte.

Er hustete auf. Denn in der Brust war es erst an der Arbeit, hämmerte und blies seine Wägel auf wie in einer qualmenden Schmiebe.

„Wenn ich nur glücklich nach Hause komme“, dachte er. „Dann ist alles bereit.“

VII.

Mutela hatte schon vier Tage gelegen — dies war der fünfte.

Jeder konnte sehen, daß er von seinem Lager nicht mehr aufstehen werde.

Doch er selbst lächelte und sprach, wie wenn es nur noch ein zufälliges Unwohlsein gewesen wäre, das einen nicht einmal besonders verdrieht, weil es nicht in die drängendste Arbeitszeit fällt.

In diesem Morgen fühlte sich indes die alte Frau bedrückt, ihn zu fragen, ob er nicht den Pfarrrer wünsche — obwohl die Frage ein wenig peinlich war.

Mutela schweig eine Weile, wie wenn auch er über die Sache nachgedacht hätte. Dann aber lächelte er mit seinem stillen Lächeln.

„Kein — ich brauche keinen Pfarrrer“, sagte er langsam und überzeugend, indem er der Frau ins Gesicht blickte und gleichsam der größeren Bestimmtheit halber, noch leise mit dem Kopfe nickte. „Und was soll denn auch sonst ein Pfarrrer hier — da auch der Husten schon leichter geworden ist — ich werde bald wieder gesund sein.“

Die alte Frau verstand, was er mit dem Gesundwerden meinte, und wandte den Kopf nach einer anderen Seite.

„Ein solcher Mann!“ dachte sie. — „Obwohl: ein Pfarrrer wäre ja doch gut gewesen!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Arzt als Ursache seelischer Störungen

In Nr. 1 der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ von 1925 führt Professor Bunkle-München unter dem lebhaften Titel sehr richtig aus, daß viele Patienten durch unvorsichtige Versicherungen ihres unterliegenden Arztes zu geschädigt werden, daß eine erhebliche Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit von da an datiert. Besonders häufig wirken gedankenlos ausgesprochene Worte, wie „die Nerven sind schon recht geschwächt“, „das Herz ist recht klein“, „ein wenig breit“, oder „ein Bißel verfestet“, geradezu verheerend auf das Selbstbewußtsein eines Patienten. — Ganz besonderer Unisug wird von seiten der Ärzte mit der Diagnose „Herznerve“ getrieben; denn die meisten „Herznerven“ sind gar nichts anderes als eine körperliche Begleiterscheinung einer ängstlichen Verstimmung; jede Angst beschleunigt den Puls. Ist aber das Wort „Herznerve“ erst einmal gefallen, dann befüßt der Patient den ganzen Tag den Puls und treibt schon durch seine ängstliche Aufmerksamkeit die Pulszahl in die Höhe. Das dadurch entstehende drückende Angestgefühl wird auf einen gar nicht bestehenden Herzfehler zurückgeführt.

Aus anderen Gründen gefährlich ist nach Bunkle die immer noch viel zu häufig verwandte Stille „Hysterie“. Man weiß ja, was sich schon in der fachwissenschaftlichen Literatur alles hinter diesem Namen verbirgt. Er deckt eine schwere unorganische Charakterveränderung ebensoviele wie sehr harmlose psychogene Reaktionen, zu denen unter gewissen Umständen die allermeisten künftigen Herzris umschließt die Diagnose. In der allgemeinen ärztlichen Praxis umschließt die Diagnose außerdem noch alle anderen Formen der Hysterie, sehr viele jugendliche Formen von Leichten, hier und da auch von ernsteren Geistesstörungen. Für viele Laien bedeutet Hysterie einfach ein moralisches Verurteil. Den Erfolg sehen wir oft: die Erklärung, ein junges Mädchen sei hysterisch, führt auf dem Umwege über die Angehörigen erst jene unorganische Einstellung der Kräfte herbei, die wir doch mit allen Mitteln verbieten möchten.

Aber auch da, wo schwere körperliche Leiden vorliegen, sollte sich der Arzt seine Worte, die er an den Patienten richtet, sehr wohl überlegen. Keiner besonderen Kritik bedarf die Entscheidung eines Arztes, der dem Patienten die „beruhigende“ Versicherung gibt, daß er andere Patienten, die mit dem nämlichen Leiden behaftet seien, noch bis zu zwei Jahren habe leben sehen. — In einem anderen Fall erklärte ein berühmter Spezialist für innere Krankheiten einem Patienten mit einer Erkrankung der Hauptabgaber: „Sie sollen niemals mehr allein auf die Straße gehen, denn Sie können jeden Augenblick zusammenbrechen.“ Dieser wohlmeinende Rat wurde dem Patienten vor sieben Jahren gegeben und es geht ihm körperlich immer noch gut. Seelisch dagegen wurde er durch die beständige Angst vor dem kommenden Tode zu einem ausgesprochenen Hypochonder.

„Soll man nun die Kranken anhängen?“ fragt Bunkle. Und seine Antwort: „Es ist zwar wahr, daß die meisten Menschen viel anhängender zu Herzen berühren, als sie es sich in gefunden Tagen sugestaut hätten. Das heißt aber nicht, daß viele Menschen das Wissen um einen unheilbaren Krebs z. B. ertragen und daß sie eine Wahrheit dieser Art wirklich zu erfahren wünschen. Deshalb wage ich nicht zu sagen, daß man Kranke nie-

mals anhängen soll.“ Auf dem Gebiete der Nerven- und Geisteskrankheiten ist das Vorurteil meist schädlich und fast immer entbehrlich. Man soll dem hilflosen Kranken nicht alles sagen, vor allem nichts so schwarz schildern, wie es vielleicht nicht ist, sondern kann, aber nicht gestalten muß. Der Arzt weiß nicht selber, ob eine junge Frau mit einem leichten Bluthals und einer mäßigen Pulsbeschleunigung einer hysterischen Krankheit entgegengehen muß, ebensowenig, ob belastete Eltern unbedingt kranke Kinder in die Welt setzen müssen.

Günstigerweise werden die Kranken recht oft in der angenehmen Weise von ihrer Angestlichkeit geheilt und im Laufe der Zeit eines Besseren belehrt. Und darum soll der Arzt nicht aus einem einzigen Krankheitsphänomen alle dazu gehörigen Krankheiten als schon bestehend bezw. sicher kommend darstellen.

Theater und Musik

Badisches Landesstheater

Einmaliges Operetten-Gastspiel (Direktion Max Müller, Forstheim), Die Frau ohne Ruh

Man hat ja in der letzten Zeit von St. Double, der heiligen Goldstadt an der Eng, so viel gehört und gesehen. Der Theaterpublikum u. d. h. Nun hat das Operetten-Gastspiel aus Forstheim seinen Theatervorhang mit Kind und Kegel beladen und ihn nach Karlsruhe geführt, um uns etwas aufzuweisen. Auf dem Zettel stand „Die Frau ohne Ruh“. Als Verantwortliche für die Operette zeichneten Richard Kehler als Librettist und als Komponist Walter Kolla. In Berlin wird die „Chöre“ gedreht und die Provinz darf dazu lachen oder darüber lächeln. Von den Zweideutigkeiten, die sonst die Gesetze der Operette bilden, ist diesmal nur noch ein Spalt übrig geblieben: die Eindeutigkeit und diese macht sich breit und zwar in der Potenz. Es fehlt dieser „Frau ohne Ruh“ jedweder Charme, jede Vitalität, jede Koketterie, irgend ein lebenswunderlicher Zug, sie hat nichts Bezauberndes, Hinzuführendes. Sie läßt kalt, nordisch kalt, es fröstelt in der Nähe dieser Berliner Pflanze, der auch der Wusler Kolla keine Wärme hat eingeben können. Wer weiß, daß das Notenpapier im Kreis wieder geblieben ist, der kann sich erklären, weshalb bei dieser Operette so wenig Musik zu hören ist. Auch dieser mit kalter Hand hergestellte Witz aus Singschloß und persischen Rosenblätterchen, verhält man sich kühl. Daß der Ego, der persische Prinz, in diesem Stück eine ganz besondere Art von Egoist importiert, ist vielleicht das Neuartige an dieser Operette. Es ist aber auch das Gemeine, was bisher von Berlin aus auf das flache Land verbracht wurde. Man weiß von der hiesigen Sommeroperette her, daß die Operettendirektoren wenig Lust verspüren, uns einmal wieder Klaffisch zu kommen. Sie haben ihre Augenmerk lediglich auf das Tagesgeschäft gerichtet, das aber am Abend sich nicht einstellen will. So auch diesmal beim Forstheimer Gastspiel. Die gut, so sogar sehr gut auf einander eingestellte Truppe gab schließlich ihr Bestes. Mit Humor und Witz ist der „Frau ohne Ruh“ nicht beizukommen. Es muß mit Kanonen gearbeitet werden. Die Forstheimer Künstler verstehen sich in der schweren Artillerie aus. Es ist daher aber Doppelglück, daß man die Operette in der hiesigen Verfassung entgegenzubringen vermag. Denn Kolla hat gute Operettenkultur in der Titelliste gezeigt. In ihrer Kunst ist ihr nicht mehr Geheimnis. Sie ist hübscher als sie singt. Dem Regisseur Sühenguth ist gleiches Lob zu spenden wie seinem Trauenerz, bei dem er eine geschickte Hand zeigte. Herr Fischer-Wächter als Langenbach gibt über sich eine kostbare Art ab. Er sagt, daß er so gut singen kann, wie es für den Hausgebrauch nötig ist. Stimmt! Herr Stojewsky als persischer Prinz, die elegante Erscheinung im Ensemble erfreut das Ohr durch seine weiche aber kleine Stimme und das Auge durch ein leicht bewegliches temperamentvolles Spiel. Die übrigen Darsteller sorgten für Leben im Wilde. Der namenslose Dirigent hielt die Fäden fest in der Hand. Er mußigte mit seinem guten Orchester hingebungslos. Die Künstler fanden lebhaften Beifall.

Landestheater. Man schreibt uns: In seinem Jugendbroschur, dem vieraktigen Drama „Jean Warrens Gewerbe“, das am Mittwoch, 11. Februar, in den „Saarbrücken“ des „Kunsttheaters“ zum erstenmal zur Aufführung kam, ist Herr Harz die in noch nicht zu der überlegenen Fronte seiner späteren Schaffensperiode durchgedrungen. Der große Feind und künftige Entlarver aller Pathetik mocht seinem ersten Thema gegenüber noch vollkommen das fittliche Wort des Anhängers gegen Virgernetum und Aristokratie seiner Heimat, deren heuchlerischer Moral kein bitterer Angriff gilt. Und nur in dem pikanten Umstände, daß es gerade die kuppelartige Gelbin seines Stücks und ihre Komplize sind, denen er diese Anklagen gegen die kapitalistische Gesellschaft in den Mund legt, besonders aber in dem laien Witz des jungen Franz, knüpfte sich der geistreiche Spötter an, als den wir den Dichter in seinen späteren Werken kennen. Wohl ist dieser Konflikt zwischen einer vernünftigen Mutter und einer sittenreinen Tochter keineswegs neu. Das französische Theatervolk hat ihn vor Show schon mit meisterhafter Technik zu behandeln verstanden. Der britische Dramatiker aber hat ohne Frage den alten Vorwurf in neue, eigentümliche Verleumdung zu rüden gewußt.

Weichlingshrit

Ich habe alle die garben Weichlingshrit,
die, stiller Selbstbehaugung still sich weihen,
sich um aparte Geisteskräfte quillen,
langschöne Worte aneinanderreihend;
die Spinner, die das liebe Ich hofieren,
die Nur-Aussprechen und die Niehies-Vächter,
die den Parnas der Bürgerdichtung zieren;

traumvolle Säufer mit erschlafften Augen,
im holden Wahn des eignen Weils besungen.
Die uns mit süßem Worteschäum besüßen
und nie ein Bied aus freischer Kehle saugen. —

Ich liebe Sänger, die mit breiten Weinen
kampflustig stehen in des Daseins Wirren,
die mit der Arbeit Meer sich stolz vereinen,
und deren Berge hell von Eisen klrren.

Ferdinand Wabinger

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Auf dem Arbeitsmarkt scheint sich im gesamten Betrachtet nach den vorliegenden Berichten allmählich eine Besserung anzubahnen. Auf 100 offene Stellen kommen nach dem Stand der Arbeitsnachrichten und offenen Stellen am 4. Februar 1925 127,5 Arbeitsuchende gegenüber 1407 am 28. Januar. Auch die Arbeitslosenziffern weisen auf den Beginn einer gewissen Besserung des Arbeitsmarktes hin. Während in den letzten 2 Monaten eine in verschiedenen Teilen zu beobachten war, stieg die Erhöhung der Erwerbslosen zu beobachten war, so daß am 28. Januar ein Stand von 15 480 unterrichteten Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) erreicht war, ist in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar zum ersten Male wieder ein Rückgang festzustellen. Die Zahl der Erwerbslosen unterrichteten Empfänger sank von 15 480 am 28. Januar auf 15 195 am 4. Februar.

In der Mannheimer Metallbearbeitenden Industrie besteht Bedarf an Facharbeitern verschiedener Art. Die Arbeitsnachfrage besteht sich hier langsam. Auch in anderen Zentren der Metallindustrie sind Anzeichen einer kleinen Besserung wahrzunehmen; im Parlsruher und Rastatter Bezirk. In den anderen Teilen konnten Neueinstellungen erfolgen.

Die Arbeitsmarktsverhältnisse in der Textil- und Lederindustrie sind gegenüber der Vormode unverändert. In der Textilindustrie des Bruchstaler Bezirks stehen weitere Arbeitsveränderungen bevor.

Textil- und Textilmaschinen sind gesucht. Im Baugewerbe ist unter dem Einfluß der milden Witterung eine kleine Wendung zum Besseren eingetreten. Der Beschäftigungsgrad des Verflechtungsgewerbes ist noch gering. Seher und Deuter konnten immer unterkommen.

Gesundheitspflege in der badischen Blindenanstalt Ivesheim

Von Direktor K o r e, Ivesheim

Vielfach herrscht die Ansicht, ein Blinder sei ein kranker Mensch. Aber so denkt, beurteilt zumeist den Nichtblinden falsch und daraus folgt die grundfalsche Behandlung eines Blinden, was sich besonders beim Blinden Kinde nachteilig auswirkt. Es gibt Blinde, bei denen das Blindsein nur ein Ausdruck des kranken Körpers ist, stimmt! Die große Mehrzahl der Blinden ist, Gott sei Dank, körperlich gesund, und in geistiger und körperlicher Hinsicht leistungsfähig. Das kann bei ihnen bleiben, das sie in ihrer Bewegungsfreiheit nicht behindert sind.

Beim Eintritt in die Anstalt sind leider manche blinde Kinder gegen die gleichartigen lebenden zurück; ihr Körper leidet sich mangels genügender Bewegung, Spiel- und Arbeitsanregung und geistiger Tätigkeit nicht frei entwickeln. Das muß die Anstalt wieder einholen. Das Haus ist groß und geräumig, entspricht den üblichen hygienischen Anforderungen; es liegt inmitten eines großen Gartens, der genügend Spielraum bietet. Die Kinder und jungen Leute sind nach Geschlecht und diese wieder nach Altersklassen getrennt; es ist daher der kleine, schüchternste Mann nicht durch den schon fortgeschrittenen Schüler und den Lehrling in seiner Bewegung behindert; in ihrem Bereich sind die Kleinen ausschließlich Herr. Das ist kein Ding, das sich von selbst versteht. Die Anstalt blüht 1924 bereits auf eine hundertjährige Geschichte zurück und ist seit 1868 im Bauhaus der jetzigen Anstalt. Die Zusammenfassung der Blinden war ihrem Wechsel unterworfen, ihre Zahl nahm mit der Erkenntnis vom Werte der Blindenbildung immer zu, und die Regierung ließ nach Erfordernis die Räume erweitern. So ist heute die Anstalt so eingerichtet, wie sie für die förderliche Entwicklung der Anstaltenden von unerschöpfbarem Werte ist. In dem weitläufigen Bau liegen, vollständig abgetrennt vom allgemeinen Betrieb, die Krankenzimmer, damit das kranke Kind seine Ruhe hat und damit bei anstehenden Krankheiten die Kranken abgeordnet sind. Der Dr. ist Hausarzt; für die Zahnbehandlung ist ein Zahnarzt verpflichtet. Alles dies verläuft ohne besondere Krankentouren für die Angehörigen. Für Spezialbehandlung führt die Hausmutter nach Bedarf mit den Kindern zu den Kliniken nach Heidelberg; operative Eingriffe werden nur nach vorheriger Einholung der Zustimmung der Eltern von den Spezialärzten vorgenommen. Vorführungen in der orthopädischen Klinik machten in besonders anerkennenswerten Fällen entsprechende Leistungen notwendig, die in der Anstalt durchgeführt werden. Wiederholt vermittelte die Anstalt auf Grund der ärztlichen Gutachten Kuren in Rapperswil oder anderen Heilstätten.

Die Anstalt hat, bei Kälte und Warmwasserleitung, Wannen- und Brausebadeinrichtung, welche die Kinder alle 14 Tage benutzen; monatlich wird dabei Körperlängenmaß und Gewicht festgestellt. Die Kontrolle dieser Aufzeichnungen ist besonders interessant, besonders nach den Ferien. Es kommen Gewichtsverluste und abnehmen durch die Ferien vor. Bei Zunahme mag mitwirken der vollständige Ausfall des Unterleibes, der doch für manche ernsteste Anstrengung erfordert und somit harten Kräfteverbrauch bedingt; bei Annahme wirkt besonders der Verlust des regelrechten Tagesablaufs; denn die dem jugendlichen Körper so sehr zuträglich Ordnung wird umsofort unterbrochen. Starke Gewichtsveränderungen im Laufe des Schuljahres deuten oft auf physische oder psychische Störungen, obwohl das Kind gar nichts von Krankheit wissen will.

Im Sommer geben die Kinder natürlich lieber in den Bädern, nicht nur Baden, viele schwimmen; wir haben immer mehrere Bäder, auch vollständig blinde, die den Bädern überlassen sind. Der Badesaß ist für die bescheidensten Ansprüche geeignet; Lehrer bei den Bädern und Badesaß, an anderer Stelle Lehrkräfte bei den Mädchen geben Anleitung und ständige Aufsicht. Das Wasser ist dem Blinden ein liebes Element, denn hier fehlen auf seinem Wege die Hindernisse, er kann sich ausleben nach Verzenslust. Und welche günstige Einwirkung auf die Gesundheit, auf die Sicherheit der Bewegung, auf diesen Sport im Gefolge! Es ist klar, der Blinde muß seinen Körper mehr strapazieren, wie der Sehende. Regelmäßiger Ausgange belehrt ihn, wie er behindert ist. Diese Semungen können er überwinden lernen, er muß durch taufenderteil Erfahrungen die Furcht niederzulegen und uralten Hasen durch die mannigfachen Übungen zu beherrschen erlangen. Was nutzt die beste Schulung, wenn der Körper

schwächlich bleibt; wozu der Aufwand für eine berufliche Ausbildung, wenn die Kräfte des Geistes und Körpers nicht gleichermäßen wachsen. Die blinden Kinder haben deshalb im Garten, auf dem Turnplatz und im Turnsaal genügend Spielraum, und der Stundenplan weist für alle Jahrgänge ein gutes Maß von Turnstunden auf; allerdings haben wir die tägliche Turnbew. Spielwunde noch nicht einstellen können. Das ganze Maß dessen, was der Blinde in den Jahren der Ausbildung bewältigen muß, ist auch selbst für die vorgelebten Jahre recht umfangreich. Die erweiterte Körperpflege würde sicher dem Blinden zum Vorteil gereichen, sie legt aber die Ausdehnung der Freizeit voraus.

Unsere blinden Kinder und jungen Leute turnen an allen Geräten (wir haben solche im Turnsaal und im Garten); ihre Vorführungen finden ungeteilten Beifall bei der sommerlichen Veranstaltung (Jugendfest); was aber wichtiger ist, ihre Leistungen befriedigen die jungen Leute selbst sehr, jedoch jeder erzwungene Erfolg nur Ansporn bildet für die nächste Übung.

Die Anstalt sieht jedem zum Besuche frei; wir begrüßen es namentlich, wenn führende Personen der Jugendpflege und Fürsorge (Eltern, Kondrate, Bürgermeister, Verste, Geistliche, Lehrer, Lehrerinnen, Fürsorger, Fürsorgerinnen) Einblick nehmen.

Das Gesetz schreibt vor, daß Schwachsichtige und Blinde mit acht Jahren aufgenommen werden müssen; frühere Aufnahme liegt im Interesse der Kinder. (Am Abdruck dieser Zeilen wird gebeten.)

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt:
Saagsfeld: Mittwoch, 11. Februar, abends 7/8 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Genossen Reimuth-Karlsruhe über „Christentum, Religion und Sozialismus“.

Stein, Amt Florheim: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag im Rathaus. Gen. Dr. Engler-Karlsruhe spricht über „Rechtsform und Sozialismus“.

Gaagenau: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, Mittagsbesprechung in der „Volkshalle“ mit Vortrag des Gen. Trints über „Die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen“.

A. Baden: Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Brauerei Bleher“ öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Gen. Reimuth-Karlsruhe über „Sebel und Blomard“.

Stattfeld, Amt Bruchsal: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag des Parteisekretärs Gen. Trints über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Kammlerbach, A. Ettlingen: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm über „Entstehung der Welt und des Lebens“.

Gengenbach, A. Offenburg: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, in der „Alten Anstalt“ öffentlicher Vortrag des Gen. Warrer Kappes-Karlsruhe. Thema: „Kann ein Christ auch Sozialist und ein Sozialist noch Christ sein?“

Kastatt: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, Mittagsbesprechung im „Anker“ mit Vortrag des Landtagsabg. Gen. D a c h l e r. Thema: „Die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen“.

Kehl: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, Generalversammlung in der „Wald am Rhein“, da Keunard des Vorstandes auf der Tagesordnung steht, ist das Erscheinen sämtlicher Genossen erforderlich.

Muenheim, A. Kehl: Sonntag, 15. Februar, mittags halb 3 Uhr, in der „Reinholdschule“ öffentlicher Vortrag des Gen. Warrer Kappes-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im Sozialismus“.

Bismarck, A. Kastatt: Sonntag, 15. Februar, mittags 3 Uhr, öffentlicher Vortrag des Gen. Trints-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Niedersfeld, A. Kastatt: Sonntag, 15. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung mit Vortrag des Genossen Trints über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Sulzfeld, A. Bretten: Sonntag, 15. Februar, mittags 3 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Gen. Innenministers Kemmels über „Die politischen Ereignisse im Reich“.

Söllingen: Dienstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Gen. Dr. Engler-Karlsruhe über „Bau- und Wohnungswesen“.

Die Genossen und Genossinnen, deren Erscheinen bei allen Veranstaltungen als selbstverständlich vorausgesetzt wird, werden gebeten, für guten Besuch der öffentlichen Vorträge zu werben.
Trints, Parteisekretär.

Seibelsheim. Öffentlicher Vortrag. Die von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung mit Vortrag über: Bau- und Wohnungswesen hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Von allen Parteien waren über 100 erschienen. Der Vortrag sollte eigentlich als Bildungsprogramm für die Parteimitglieder gelten, die Vertretung hatte sich aber entschlossen, den Vortrag einem größeren Publikum zugänglich zu machen, und das war gut so. Der Referent Gen. Dr. Engler, Präsident des Gemeindefortschrittsamts, sprach in volkstümlicher Weise zu seinen Zuhörern. An drastischen Zahlen und Beispielen wies er darauf hin, daß schon vor dem Krieg eine große Wohnungsnot hauptsächlich in den Städten bestand, die erst noch durch den langen Krieg verstärkt und verschlimmert wurde. Eine gute gesunde Wohnung ist aber für den Menschen in gleichem Maße wichtig, wie Nahrung, oft noch wichtiger. Da wo nach dem Krieg die größten Lücken entstanden, war auch die größte Wohnungsnot festzustellen. Die Lücken der heutigen Wohnungsnot liegen daran, daß während der Kriegsjahre gar nicht gebaut wurde und nach dem Krieg, verursacht durch den Baumaterialmangel, nur in geringem Maße. Um den Bau von Kleinwohnungen zu fördern mußte der Staat helfend eingreifen und er wird auch heute wieder helfen müssen. Das Mittel dazu

soll die Gebührenspreizung bieten, die aber, wie der Referent trefflich bemerkte, nicht in ihrem vollen Betrage ihren eigentlichen Zweck angeht. Bezüglich der Bodenrente und des Bodenpreises, der bei der Miethöhe eine wesentliche Rolle spielt, ist es Sache der Gemeinden, regulierend einzugreifen. Der Referent warnte, sich nicht durch Schlagworte, wie durch Aufhebung der Zwangswirtschaft sei die Wohnungsnot zu beheben, irren lassen zu lassen. Er wies auf die Gründe hin, warum dies nicht der Fall sein kann. — An der Diskussion beteiligte sich besonders Schriftsteller Raif-Bruchsal, der in fesselnden Worten eine lange für das billigere Holzhaus sprach und Klage führte über die erschwerenden baupolizeilichen Vorschriften in Baden und die sonstigen Hemmnisse, die den Holzhausinteressenten bereitet würden. Gen. Dr. Engler mußte leider frühzeitig wieder weg, doch auch nach seinem Weggang wurde weiter über das einmal angeschnittene Thema diskutiert. Genosse Dr. Engler sei auch an dieser Stelle für seine lehrreichen Ausführungen nochmals bestens gedankt.

Der Fall Bauer. Der engere Berliner Bezirksvorstand hat am 9. Februar ds. Jz. in einer außerordentlichen Sitzung einen Aufschlußantrag gegen den Genossen Bauer wegen der Barmat-Affäre verhandelt. Der engere Bezirksvorstand beschloß, zwei Genossen aus dem Radeburger Bezirk zu ernennen, um dem die Angelegenheit Bauer dem erweiterten Vorstand zur Entscheidung zu übertragen.

Gewerkschaftliches

Die Forderungen der Beamtenorganisationen

Die Beamtenorganisationen haben sich mit einer Eingabe an den Reichsminister des Innern gewandt, in der 1. die Wiedereinführung der 8stündigen Wochendienstzeit und 2. die Befreiung der Urlaubsunterstützung gefordert wird. Außerdem wird verlangt, daß in den Dienstorten, in denen die Beamtenorganisationen es gefordert haben, die ungeteilte Dienstzeit eingeführt, der Nachdienst in 1/2-facher Höhe des Tagesdienstes bewertet und die Ableistung der Dienstpflicht in angemessener Weise als volle Arbeitszeit angerechnet wird.

In der Begründung zu der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an den Reichstag zum Ausdruck gebracht hat, die Reichsregierung habe niemals die Ratifikation des Übereinkommens von Washington über den Achtstundentag grundsätzlich abgelehnt; die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei nur als Notmaßnahme zu betrachten, an der nicht länger festgehalten werden solle, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands erfordere. Die Spitzenorganisationen betonen hierzu, daß es sich bei der Verordnung der Reichsregierung über die Dienstzeit der Beamten ebenfalls nur um eine Notstandsmaßnahme handle, die jetzt beseitigt werden kann. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat übrigens den Spitzenorganisationen vorgeschlagen, eine entsprechende Regelung der Dienstzeit der Beamten zu fordern, um diese Frage nicht mehr der Willkür der Regierung zur Regelung zu überlassen. Die Spitzenorganisationen werden in den nächsten Tagen zu diesem Vorstoß Stellung nehmen.

In der Befolgungsfrage vertritt der ADB den Standpunkt, daß eine angemessene Aufbesserung der Bezüge nicht mehr zu umgehen ist, zumal jetzt festgestellt werden konnte, daß sowohl das Reichsfinanzministerium und auch die Reichsbahn-Gesellschaft genügend Mittel zur Verfügung haben, wie die Nebenentscheidungen der Ruhr-Industriellen und die außerordentlich hoch bemessene Leistungszusage an die höheren Beamten der Reichsbahn-Gesellschaft beweisen.

Königsbach. Am Sonntag fand hier die Generalversammlung der Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes Florheim statt. Die Versammlung war sehr gut besucht und nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf. Als Referent war für die Bezirksleitung Karlsruhe Sekretär Hartmann, sowie Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Hartmann von Florheim erschienen. Ersterer referierte über Lohn-, Gehalts- und Anstellungsverhältnisse und den neuerlich beabsichtigten Abbau von 1000 Arbeitern und über die Dienst- und Ruhezeiten. Auch machte er Ausführungen über das Zusammengehen der AG und des DEB. Stadtrat Hartmann referierte über Kollektariat und Solidarität, nach diesen beiden Referaten, die mit Beifall aufgenommen wurden, erfolgte zunächst der Bericht des Ortsgruppenleiters, der die Tätigkeit einiger nichtamtsdienender Vorstandsmitglieder, die dadurch nicht wiedergewählt werden konnten, wurde die alte Vorstandsführung wiedergewählt. Dem Kollegen B e r h a l t e r, sowie den übrigen Vorstandsmitgliedern, insbesondere dem Kassier wurde der Dank für geleistete Arbeit ausgesprochen. Die Kassierführung wurde als musterhaft bezeichnet. Auch die Mitarbeit der Unterassistenten und Vertrauensleute wurde anerkannt. Die Versammelten haben es sich zur Pflicht gemacht, an die Nichtorganisierten mit erhöhtem Eifer heranzutreten, um sie für die Organisation zu gewinnen, denn bei dem bevorstehenden Kampfe dürfe kein Kollege mehr abseits stehen.

In der Diskussion wurde u. a. hervorgehoben, daß vor einiger Zeit ein oberer Beamter von Karlsruhe in Florheim die Sperre vollstreckt habe, von dem Bahnreisegeldnehmer aber, weil durch die Reisenden in großer Anzahl gingen, verheerend nicht gearbeitet wurde. Daraufhin sei eine Verfügung gekommen, daß das gesamte Fahrpersonal an die Gruppensitzung (1) zu erinnern sei! Am besten ist der Bahnreisegeldnehmer, weil seine Sprache bei Erscheinen eines solchen Mannes auf die Seite steht in trummer Haltung hin, grüßt und die nachfolgenden Reisenden warten, bis diese Gruppensitzung beendet und der Herr von allen als etwas Außergewöhnliches angesehen ist. Die Red.

Es gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Die am 8. 2. in Königsbach in der Wirtschaft zum „Lamm“ stattgefundene Generalversammlung der Ortsgruppe des DEB. Florheim stellt sich einmütig auf den Standpunkt der in Karlsruhe am 4. 2. von den dort versammelten Eisenbahnergefahrten Entschließung hinsichtlich des in Aussicht genommenen Abbaues und ermahnt mit Vorstand des DEB., daß er sich ernstlich dafür einsetzt, daß die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt, endlich das drei Wochentagslohnverhältnis beseitigt und ein Lohn erreicht wird, der den heutigen Lebenshaltungskosten und der gegenüber anderen Ländern höheren Miete entspricht.“

Warum plagen Sie sich so?

Es geht doch viel bequemer! Nehmen Sie den guten Terpentindl-Schuhbus

Büdo

und mit wenigen Bürstenschritten zeigt Ihr Schuh einen wunderbaren Hochglanz, welcher auch bei Regen und Schmutz nicht abfährt. Merken Sie sich deshalb Bübis Leibdruck:

Büdo-Terpentindl-Extrakt
Immer für die Schuhe nehmen.



Karlsruher Polizeibericht vom 11. Februar

Unfall. Vorgestern abend kurz nach 7 Uhr wurde in der Kaiserallee ein verb. Privatmann, der mit einem Leiterwägelchen Richtung Rühlburg fuhr, von einem Personkraftwagen von hinten angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt Verletzungen am rechten Unterschenkel, Hautabplatzungen an der Hand und Bodenverletzungen. Der Verletzte wurde von dem Karlsruher Sanitätsführer ins Städt. Krankenhaus verbracht.

Wasserstand des Rheins. Schutterinsel 45, seht. 7; Rehl 170, seht. 18; Maxau 329, seht. 12; Mannheim 226, seht. 11 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Walldorf bei Heidelberg. Die Polizei hat auf dem Bahnhof Neckarhörsheim den Schwerverbrecher Braun verhaftet, der mehrere schwere Verbrechen, darunter ein Sittlichkeitsverbrechen in Schwetzingen auf dem Gemäßen haben soll. Mannheim. Im Betrieb der Firma Josef Bögeler wurde ein 15-jähriger Schloßerlehrling aus Schwetzingen der Polizei eine schwere Verletzung zuzuschreiben. Ein 27-jähriger Arbeiter dieses Betriebes wurde in einer Schiene der Schienenbahn hängen und fiel dabei gegen ein Auto. Glücklicherweise wurde er nicht überfahren, erlitt aber eine erhebliche Kopfverletzung. Nachdem er vor wenigen Tagen zwei Wochen lang wegen Rinderergewalts über in den Straßen ausgeharrt wurde, wurde am Freitag wiederum ein mit Kohlen beladener Händler festgesetzt, dessen bereits abgewogene Kohlenlade ein Minderergewicht bis zu 6 Pfund hatte.

Mittersdorf. Die vor einigen Tagen erfolgte Untersuchung über das Verbleiben eines geistesgestörten Mannes aus Mittersdorf hat jetzt ihre Aufklärung gefunden. Er wurde von seinen Angehörigen im Sumpfgelände des Altrheinals als Leiche auf dem Gesicht liegend aufgefunden. Der Verunglückte scheint im herrschenden Nebel in das Gelände geraten zu sein, wo er einen jämmerlichen Tod fand.

Sornberg (Schwarzwaldbahn). Am Sonntag nachmittags ist in der Möbelfabrik Sornberg ein noch unangelegter Weiser ausgebrochen, das unter den großen Holzstücken lag und sich entzündete. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der Werkstatte beschränken. Die Fabrik, die Eigentum der Maschinenfabrik Wörle und von Sornberg gemietet ist, wurde bis auf den Grund vernichtet, jedoch der Schaden trotz all. Durch den Brand sind an vierzig Arbeiter brotlos geworden.

Waldmühlbach bei Sornberg. Das Waldmühlbach bei der Wirtshaus „Söhnen Aussicht“ ist ein Raub der Flammen geworden. Infolge der raschen Ausbreitung des Feuers konnte von den Gärtnern fast nichts gerettet werden.

Mannheim. Im Hause des Wiedermeyers Waldbauer, dem das Anwesen gänzlich zum Opfer fiel. Der Schaden ist sehr erheblich, dürfte jedoch durch Versicherung gedeckt sein.

Waldmühlbach. Bei dem Gütermannschen Kraftwerk in Waldmühlbach kam der 27 Jahre alte Arbeiter Adolf W. u. t. h. o. r. n. der Hochspannungsleitung zu nahe und stürzte tödlich getroffen, herab.

Waldmühlbach. In Obermühl hat der 36 Jahre alte ledige Schneider Wilhelm Küttin seinen Vater in der eiserne Wohnung durch Messerstiche schwer verletzt. Der Täter war von 1916 bis Anfang Dezember 1924 in der Jernanstalt Mleuau untergebracht und dann als geheilt entlassen worden. Seit dieser Zeit hat er sich ruhig verhalten. Man glaubt, daß Küttin die Tat, die ohne Anlaß geschah, in einem Anfall von Geisteskrankheit begangen hat.

Konstanz. In der Kosterfabrik in Wehr wurde unter Aufsicht eines kalten männlichen Schädels gefunden, und zwar der obere Teil, so daß Oberlippe, Nase, Augen und Ohren noch ziemlich gut erhalten sind, um die Persönlichkeit zu erkennen. Auch die Knochen sind noch vorhanden. Es dürfte sich um einen etwa 40-jährigen Mann handeln. Da von einer Konstanzer Altwarenhandlung altes Papier an die Fabrik geliefert wurde, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich das Schädelstück darunter befinden hätte. Es dürfte sich um einen Mann handeln, der seit Mitte September vorigen Jahres vermisst ist.

Zur Aufdeckung umfangreicher Brandweinsteuerveruntreuung, die mit den Wagenschaften des Weberschen Konzerns in Verbindung stehen sollen, ist seit einiger Zeit eine größere Anzahl außerbadischer Kriminal- und Zollbeamten auch in Baden tätig. Wie der „Badische Beobachter“ hört, sind an geheimen Spitzelungen mehrere sehr große wie kleine Verbrechen beteiligt. Mehrere Verhaftungen sind bereits erfolgt, weitere sollen bevorstehen. Im Landesfinanzamt Karlsruhe ist ein besonderer Untersuchungsbeamter bestellt worden, der die Befolgung der Angelegenheit betreibt.

Mord

Mannheim, 10. Febr. Gestern nachmittags wurde im Neckarauer Wald bei der Hohlensweide die 22 Jahre alte Arbeiterin Frieda Scharb aus Redarau von dem 64 Jahre alten verheirateten Zimmermann Johannes M., ebenfalls aus Redarau, durch mehrere Messerstiche in den Hals getötet. Zwischendurch bestand seit längerer Zeit ein Verhältnis, das die Erhard ansehend lösen wollte. Auf die Eifersucht des Mädchens eilten Polizisten herbei, die den Täter solange festhielten, bis die Polizei zur Stelle war.

In der Nordtat im Neckarauer Wald meldet der Polizei, daß der Täter mit der Erhard ein Verhältnis unterhielt und die Absicht gehabt habe, mit ihr zusammen aus dem Leben zu gehen. Der Täter war geschieden, hatte sich aber im April v. J. wieder verheiratet, was ihn nicht hinderte, mit der Erhard Beziehungen zu unterhalten und sie in seinen Haushalt aufzunehmen. Beide genossen keinen guten Leumund. M. verfolgte sein Opfer eine Zeitlang und versetzte ihm dann mehrere Stiche in den Hals. Die Schlagader wurde getroffen, was den sofortigen Tod herbeiführte. Darauf versuchte sich M. in einem nahen Tümpel angeblich zu ertränken. Man sah, wie er wiederholt den Kopf in das Wasser steckte, aber immer wieder herauszog. Wahrscheinlich spielte bei der Mordtat auch eine Nacht über am Tatorte unter Bewachung liegen. Heute früh erfolgte die gerichtliche Inaugensichtnahme.

Letzte Nachrichten

Der Reichskanzler in München

München, 10. Febr. Unmittelbar nach seiner Ankunft in München begab sich der Reichskanzler in Begleitung des Ministerpräsidenten in das Ministerium des Reichens, wo die Verhinderung der Staatsminister und Reichspräsidenten, die auf Befehl des Reichskanzlers in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Innenministers in das Landtagsgebäude, wo der Landtagspräsident in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden und des Landtagspräsidenten den Kanzler mit einer Ansprache willkommen hieß, in der er dem Bunde Ausdruck gab, daß die staatspolitischen Rechte der Länder gewahrt werden müßten. In augenblicklicher Beziehung erwarde der Landtag, daß das Reichskabinett alles aufbieten möge, um das deutsche Volk zum Frieden und zur Freiheit zu führen. — Der Reichskanzler gedachte in seiner Erwiderung der Bedeutung einer engen Zusammenarbeit der Regierung mit den Völkervertretern, um dem Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit zu dienen. — An den Empfang des Landtages schloß sich der Empfang der Vertreter der Presse. Vom Landtag aus begab sich der Reichskanzler in das Münchener Rathaus, wo ein Empfang der Vertreter der Stadtratsfraktionen stattfand.

Im Anschluß hieran fanden im Ministerium des Reichens interne Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Staatsministerium statt. Am Abend schloß sich ein Empfang beim Ministerpräsidenten an, zu dem u. a. die Präsidenten der obersten Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, Vertreter der religiösen Gemeinschaften, das Präsidium des Landtags, Vertreter sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, verschiedene Reichstagsabgeordnete, die Direktoren der Universitäten und der technischen Hochschule, Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen und Beamtenverbände, der industriellen, landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsorganisationen und Körperschaften, sowie die Vorsitzenden der Berufsorganisationen, der Presse und der Völkervertreter geladen waren.

Wie bereits gemeldet, wird Reichskanzler Dr. Brüning auf seiner Reise nach Süddeutschland am 12. Februar in Karlsruhe einreisen, um der badischen Regierung einen Besuch abzustatten. Aus diesem Anlaß findet am Vormittag eine Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen statt, zu der der Staatspräsident zahlreiche prominente Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, sowie der Presse eingeladen hat.

Syrit-Weber und Strefemann

Berlin, 11. Febr. (Eig. Kundendienst.) Das Organ des Außenministers Strefemann hat sich vor wenigen Tagen erlassen, einen Unterschied zwischen der Angelegenheit Karmat: SPD, und dem Verhältnis seines Herrn und Meisters zum Syrit-Weber zu machen, weil dieser Betrüger zu der Zeit als er von der Deutschen Volkspartei eingeführt wurde, nicht „notorisch belästigt“ gewesen sei. Jetzt stellt sich aber heraus, daß diese Auskünfte nicht richtig sind. Weber war zur Zeit seiner Freundschaft mit Strefemann, seiner Mitgliedschaft bei der Volkspartei, seiner Zuwendungen an die „Zeit“ nicht nur „notorisch belästigt“, sondern sogar wegen Syrit-Weber mehrfach in Verbindung mit den Gerichten gekommen. Der „Vorwärts“ hat über diese Tatsache von zwei verschiedenen Seiten übereinstimmende Angaben erhalten. In der einen Aufschrift heißt es: Weber hat schon 1918/19 und 1920/21 wegen Brandverurteilungen mit den Gerichten zu tun gehabt. Bei den Amtsgerichten Offenburg und Schwabmühlbach-Schwaben Prozesse, in die Weber verwickelt war. In Offenburg ist er nicht im ersten Verfahren zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der deutschen „Deflationen-Zeitung“ ist Ende 1920 ein Artikel veröffentlicht worden, der deutlich auf den Schließungsprozess hinweist. Außerdem ist nachzulesen, daß Weber in den letzten Jahren fortwährende Verurteilungen beging, und das er des Betruges, der Urkundenfälschung, der vorläufigen Bedrückung und des Verschleppens von Angelegenheiten gerichtlich ist.

Oh, fänd das Freude, Herr Strefemann!

Untersuchungsausschuss in Sachen Landespfandbriefanstalt

Berlin, 10. Febr. Der im preussischen Landtag als Sonderauschuss eingesetzte Untersuchungsausschuss für die Vorkommnisse bei der Landespfandbriefanstalt hielt heute abend unter dem Vorsitz von Reinert (Soz.) seine konstituierende Sitzung ab und besprach den Arbeitsplan. Nach der Wahl von vier Schriftführern wurde Hall (Dem.) zum Berichterstatter gewählt. Die nächste Sitzung soll am Donnerstag stattfinden.

Die Verhaftung Höfles bestätigt

Berlin, 11. Febr. (Eig. Kundendienst.) Die Gerichtsbehörden haben inzwischen, dem Antrag des Staatsanwalts folgend, gegen den früheren Reichspostminister Höfle noch im Laufe des Dienstag den offiziellen Haftbefehl erlassen. Sind die Verhaftungsmomente gegen Höfle ernsthaft begründet, so dürfte die Strafe gegen ihn sicherlich nicht unter Zuchthaus sein. Es ist auszusagen, daß die „Germania“ in ihrer heutigen Morgenausgabe die Verhaftung Höfles nicht meldet, obwohl sie bereits am Dienstag gegen 6 Uhr abends erfolgte.

Konkurs Kurister

„Zur Täglicher Rundschau“ eröffnete das Amtsgericht Charlottenburg den Konkurs über das Kuristerische Vermögen. Die angemeldeten Forderungen belaufen sich auf rund 30 Millionen Geldmark, jedoch, wie das Blatt erklärt, mit einem Verlust der Kredite der preussischen Staatsbank gerechnet werden müßte. Die nächste Gläubigerversammlung soll noch in diesem Monat stattfinden.

Verminderung der Befugung des Reichler Brückentopfes

Rehl, 10. Febr. (Drahtber.) Die Befugung des Reichler Brückentopfes, der zum Gebiet der Rheinlandkommission und militärisch zur französischen Armee gehört, soll in der nächsten Zeit eingeschränkt werden.

Ein abgefahreter „Kronzeuge“

Unter der Überschrift „Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozesses“ teilt das „Berl. Tageblatt“ in sensationeller Form mit, daß bei einem bereits mit Zuchthaus bestraften Manne namens Fidor Krell aus Kallmünz in Bayern, der wegen Verhaftung von der badischen Grenzpolizei an der Schweizer Grenze verhaftet worden sei, Dokumente gefunden worden seien, die im Zusammenhang mit dem Magdeburger Prozeß ständen. Das Blatt veröffentlicht die Dokumente im Wortlaut. Es handelt sich um Briefe eines gewissen Thurm in Augsburg an Krell, in denen der Adressat aufgefordert wird, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der er sich bereit erklärt, eine Reihe von landesverräterischen Verhaftungen gegen die Sozialdemokratische Partei und den seinerzeitigen Reichstagsabgeordneten Ebert vor einem Gericht eithal zu erheben.

Verrentes Kriegsschiff

Tokio, 10. Febr. (Eig. Bericht.) Das japanische Kriegsschiff „Zola“ ist am Montag gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abrüstungsvertrages verrent worden.

Briefkasten der Redaktion

A. E. Hier. Die Verpachtung eines Aders steht rechtlich dem Verkaufer eines Aders nicht im Wege. Die Schwierigkeit liegt nur auf wirtschaftliche Gebiete, da sich für einen verpachteten Ader weniger leicht ein Käufer finden läßt als für einen pachtfreien Ader. Der für das Mietrecht geltende Satz „Kauf bricht nicht Miete“ gilt auch für das Pachtrecht; der Erwerber des Aders muß also den Pachtervertrag übernehmen und kann das Grundstück nicht selbst benutzen. Die Pachterordnung sieht allerdings die Möglichkeit vor, Pachterträge auch vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufzulösen, soweit dies bei Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht. Ob diese Voraussetzung zutrifft, kann von hier aus nicht beurteilt werden.

W. P. 1. In der linken Seite. 2. Die Frage ist nicht recht veränderlich. Was verstehen Sie unter anfechtbar? Es würde das Gemeinrecht parallel zum Körper, etwas nach links von der Mitte gehalten.

Bereinsanzeiger

208 in 4 Teilen 40 Pfennig die Zeile (Werbungskosten sind unter dieser Aufschrift in der Regel keine Ausnahme, oder werden zum Reklamenspreis berechnet).

Karlsruhe.

Betriebsrätefrage. Wir verweisen nochmals auf die jeden Mittwoch im Lokal zum „Salmen“, Ludwigplatz stattfindenden Betriebsrätefrage; für auswärtige wohnende Kollegen 1/8 Uhr, für die am Ort wohnenden abends 8 Uhr. Am Mittwoch wird mit dem 8. Teil des Betriebsrätegesetzes begonnen.

1267. Naturfreund. (Zugend). Heute abend 1/8 Uhr Generalversammlung im Jugendheim. Morgen Ausschussung. 1280

Durlach. (Reichsbanner). Donnerstag abend Vortrag in Gröningen über die Reichsversicherungsordnung. Abmarsch Punkt 1/8 Uhr vom Schloßplatz. 1280

Wegen Wegzug billig zu verkaufen: 1 Sofa, 1 Rückenstuhl, 1 Tisch, 1285 2 Stühle, 10 III. r. Druckmaschinen aller Art, 1111 r. Buchdruck. Volksfreund

Arbeiter! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung! Einers sagt dem andern, dass man in der Badischen Kleiderzentrale Zirkel 30 Karlsruhe Telefon 4120 Herren- u. Burschenbekleidung am best. u. billigst. kauft. Streng reell, fachm. Bedienung.

Badisches Landestheater Mittwoch, den 11. Februar, 7 1/2-10 Uhr. (1.50). F. 15; Z. Gem. 1. Sonder-Gruppe 2001-2100 432 Liebfeanemilch. KAMMERSPIELE IM KÜNSTLERHAUS 7 1/2-10 Uhr (4.-, 3.-, 2.-), Z. Gem. 601-800 Zum 1. Mal: Frau Warrens Gewerbe Ein Drama in 4 Aufzügen von Bernard Shaw.

Bucherer empfiehlt Rotkraut schöne, gesunde Ware pfd. 7 pfg. Bucherer Plakate aller Art liefert rasch und billig Buchdruckerei Geck & Cie., Luisenstraße 24, Teloph. 128.

Volkschor Karlsruhe-West

Sonntag, 15. Febr., nachm. 4⁶¹ Uhr
in den leuchtend beleuchteten Marmorsälen der
„Drei Linden“

**Große Damen-
und Fremdenfugung**

Mitwirkende: Die berühmtesten Bälletredner
aller Länder u. Geschlechter, u. a. persönl. Auftreten
des Originals Frigel Kröfuß aus Stuttgart.

Musikal. Ausföhrung: Verstärktes Metropol-Jazzband-Orchester.

Anschließend: **Großer Narren-Ball.**

Voranzelge! 1286

Fastnacht-Dienstag in der
südtischen Festhalle **Großer Masken-Schlußball.**

Palast Lichtspiele
Herrenstrasse 11 Telefon 2503

Täglich!

Die größte Film-
schöpfung der Welt:

10 spannende
Akte

Quo vadis

mit
Emil Jannings
in der Hauptrolle.

Anfang der einzelnen Vor-
stellungen pünktlich 3¹⁵ Uhr,
5.20 Uhr, 7.10 Uhr und 9 Uhr.

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses
berufend über das Vermögen der Firma Peter Wang,
Inhaber Wilhelm Wang, Verwalterverein in Karlsruhe,
ist nach dem Beschluß durch den der Konkurs
bezüglich bestätigt wurde, rechtskräftig geworden.
Karlsruhe, den 5. Februar 1925.

Karlsruhe, den 5. Februar 1925.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 1.

Ueber das Vermögen der Firma Sport-Werke
Wilhelm Müller in Karlsruhe wurde heute am
9. Februar 1925, vormittags 11¹⁵ Uhr, das Konkurs-
verfahren eröffnet, da die Gemehnschuldnerin zahlungs-
unfähig ist. Der Vorkonkurrenz Otto März, Inter-
handelslokal, wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 20. März 1925 bei
dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anderweitig
vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung
über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters, sowie über die Befreiung
eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen
über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten
Gegenstände auf Mittwoch, den 4. März 1925, nach-
mittags 4¹⁵ Uhr, Zimmer 131 und zur Kräftigung der
angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 1. März
1925, nachmittags 4¹⁵ Uhr, Zimmer 131. Allen
Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörende
Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse einzu-
schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemein-
schuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die
Verpflichtung anzulegen, von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen, für welche sie aus der
Sache abzufordern beabsichtigt, in Anspruch nehmen,
dem Konkursverwalter bis zum 20. März 1925 Mit-
zeige zu machen.

Karlsruhe, den 9. Februar 1925.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 1.

In das Handelsregister B Band IV D-3, 12
ist zur Firma W. G. Wagner, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Karlsruhe eingetragen. Durch
Gesellschafterbeschlus vom 28. Januar 1925 wurde das
Stammkapital infolge Umteilung auf 40.000 Reichs-
mark ermäßigt und § 5 des Gesellschaftsvertrages
entsprechend der Kapitalumteilung geändert.
Karlsruhe, den 4. Februar 1925.

Karlsruhe, den 9. Februar 1925.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts B. 2.

In das Handelsregister B Band VIII D-3, 1
ist zur Firma W. G. Wagner, Nicolaus Wagner
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe
eingetragen. Durch Gesellschafterbeschlus vom 6.
Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Um-
teilung auf 10.000 Reichsmark ermäßigt und § 5
des Gesellschaftsvertrages (S. 5) geändert.
Karlsruhe, den 4. Februar 1925.

Durlacher Anzeigen.

Mahnung an Hundebesitzer.

Da die Tollmut der Hunde in Baden immer
weiter um sich greift, erzieht es dringend erforderlich,
daß die Hundebesitzer die einschlägigen Bestimmungen
genau beachten.

Zu bringe dieselben hiermit zur öffentlichen
Kenntnis.

- Nach § 24 der Sollsangsverordnung zum Vieh-
verkehrsgesetz müssen Hunde mit Halsbändern
versehen sein, die Namen und Wohnort des
Besizers des Hundes enthalten und eine
Wohnung des Besizers enthalten lassen oder eine
sonstige, die Zugehörigkeit des Hundes iden-
tifizierende Kennzeichen tragen.
- Nach § 25 des Viehverkehrsgesetzes
wird mit Geld bis zu 20 RM bestraft, wer einen
Hund während der Nachtzeit frei herumlaufen läßt
während der Nachtzeit frei herumlaufen läßt
während der Nachtzeit frei herumlaufen läßt
kraft, vor seinen Hund im Feld oder sonst
liegen läßt, ohne denselben jagdberechtigt zu sein.
Hunde, welche zur fremden Jagdberechtigung
dienen von den Jagdberechtigten getötet werden,
wenn die Voraussetzungen des § 29 des Vieh-
verkehrsgesetzes vorliegen.
- Diejenigen Hundebesitzer, welche diese Be-
stimmungen nicht beachten, bzw. ihre Hunde nicht
gehörig kennzeichnen, haben zu erwarten, daß die
Hunde von dem hiesigen Jagdberechtigten (Jagdberechtigter
Hilfer) eingefangen, in den in der Schloßhofstraße
eingerichteten Hundewinger verbracht und falls der-
selbe vor Ablauf des dritten Tages vom Besizer über-
nommen, einem seiner Angehörigen auf der Polizeiwache
(Hundbüro) abgeholt sind, getötet werden. Bei der
Abholung sind zu entrichten: als Einlagegeld
1 RM, als Futtergeld täglich 1 RM. Daneben werden
etwa entfallende Ausfuhrkosten belastet. Erhalten
falls der Hundebesitzer betannt ist, kann auch Ver-
föhrung erfolgen.

Durlach, den 5. Februar 1925.
Der Oberbürgermeister.

Evangel. Kirchensteuer.

Der hiesige Beitrag der Kirchensteuer 1924 ist fällig
und werden die Säumligen ersucht, dieselbe bis
inklusive 15. Februar zu entrichten, andernfalls
Wohnung gegen Gebühr erfolgt.

Kirchenstunden nur Sonntag und Freitag von
8-12 u. 2-5 Uhr, Sonntag, 7. Eingang: Kirchhofstraße
156
Der Erheber: Deckerhart.

Paßbilder
für Reise und Fahr-
karten sofort

Offert-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier

Rausch & Pester
Erbsprünzstr. 3

Jahre die höchste Preise am
hiesig. Plage 1. ausgegan.

Frauenhaare.
Oskar Decker Haarchandl.

**Sport-
Artikel**
jeder Art
preiswert
und gut

**Sport-Haus
Brannath**
Karlsruhe
Durlacher Tor

Pfannkuch
Täglich
frische
Sendungen
Bollfett-
Süß-
Bäcklinge

40
5 Pf. - Bischen
1 90

Pfannkuch

**Touristen-Verein
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Karlsruhe
e. V.**

Sonntag, den 14. Februar 1925

Kostüm-Ball

im Festsaal des „Friedrichshof“ unter Mit-
wirkung einer ausländ. „Capell de Musik“

Beginn 8 Uhr

Eintritt für Mitglieder 1 RM, Nichtmitgl. 2 RM

Voranzelge: Fastnachtmontage, 23. Febr.,
abends 8 Uhr: Karneval-
isierung im Friedrichshof-Festsaal. 1279

Kinder unter 16 Jahren haben freien Zutritt.

Zu tauschen meine
2-Zimmerwohnung
gegen ebensolche. Lütten-
straße 91, Hg. 1. Stod.

**Berein der Westfalen
Karlsruhe** 1278

Donnerstag, den 12. Februar, 8 Uhr abends

Kappen-Abend

im „Burgshof“, Karl Wilhelmstraße 50

Nach nicht angemeldete Bandbreite willkommen.

Burgshof Karlsruhe

Sonntag, 14. Februar 1925 findet in
den Spiegelgälen des Burgshofes der erste
große allgemeine op- 1276

städt. Maskenball

Es ist dazu die gesamte Bevölkerung
von Godesauer Gefilden (Klein-Druffien,
Druffienleiden usw.) herzlich eingeladen.
Gleichzeitig findet die erste Hochzeit in der
Verkaufsstube statt. Trauungen können
bis nach werden beim Ortsbibel.

Seit 10 Uhr Beginn 7.50 Uhr
Ende 3.00 Uhr

Eintrittspreis inkl. Steuer 15 Groschen.
Vorverkauf: Jagarthenhaus Käfer, Ludwig
Wilhelmstraße

„Sängerlust“ Karlsruhe

KAFFEE BAUER

Heute Mittwoch, 8¹⁵ Uhr abends

Großes Sonderkonzert
mit verstärkter Kapelle.

Aus dem Programm: 1277
Carnaval-Ouverture . . . Glaszounow
Fantasie aus der Oper
Rienzi . . . Wagner
Concertante f. 4 Violinen Maurer

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch die
„Hegro“ Reduktionspillen beseitigt
Preisgekrönt mit golden. Medaillen
und Ehrenplak. kein starker
Leib, keine starken Hüften, son-
dern Jugend, schlank, elegante
Figur. Kein Heilmittel, kein Ge-
heimmittel. Garantiert un-
schädlich. Aerztlich emp-
fohlen. Keine Diät. Viele Dank-
schreiben. Preis 4 Mark. 1278

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Mietervereinig. K'ruhe (Gesellschaft) 1279

Sprechstunden von 6-1/2 Uhr abends im
Café Nowad, Café Göttingerstr. u. Nowadstraße
Montag und Freitag:
„Unter den Linden“, Café Kaiserallee u. Hofstraße
eben Mittwoch.

VOLKSBUHNE KARLSRUHE

Textbücher
für alle Vorstellungen
zu haben

Volksbuchhandlung
Adlerstrasse 43.

Dankfugung.

Für die Beweise treuer Freundschaft
und Anteilnahme, die uns anlässlich des
schweren Verlustes entgegen gebracht
wurden, sagen wir tiefgefühlten Dank.

Zusbesondere danken wir Herrn Stadt-
diarier Kemmer für seine trostreichen
Worte, sowie den Schwestern für die liebe-
vollen Blüde.

Karlsruhe, den 9. Februar 1925

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Rosina Kaiser Witwe.

Dankfugung.

Für die vielen Beweise herzlichster An-
teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer
lieben, unergelichen Mutter
Karoline Rühmüller Wwe.

sagen wir allen die uns durch trostreiche
Worte, durch Blumen, durch Begleitung
auf ihrem letzten Gang, insbesondere den
Sängern für den ergebenden Trauergelag,
unsern innigsten Dank. 1280

Karlsruhe, den 10. Februar 1925

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Landwirtschaftlicher
Vortragskurs Durlach**

Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet
in Verbindung mit dem Landwirtschaftlichen Bezirks-
verein Durlach am 1288

Sonntag, den 14. Februar ds. Jz.

im Saale des Gasthauses „Blume“, Hauptstraße 2,
in Durlach folgende Vorträge:

9-10 Uhr: Landwirtschaftsrat Viehhauser-
Karlsruhe über „Fütterungsfragen“.

10-11 Uhr: Landwirtschaftsrat Wader-Karlsruhe
über „Die Steuerbelastung
der Landwirtschaft“.

11¹⁵-12¹⁵ Uhr: Professor Dr. Münzinger-Ho-
henheim über „Die Betriebsberatung
des bäuerlichen Landwirts“.

Nachm. 2-5 Uhr: Aussprache über die Vorträge.

Die Veranstaltung ist öffentlich und jedermann
eingeladen.

COLOSSEUM

Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM

Jagdpahtversteigerung

des hiesigen Forstamts Karlsruhe, Donnerstag,
den 19. Februar d. Jz., nachmittags 3 Uhr, auf
seinem Geschäftszimmer, Schloßbezirk 11, ab 1. Fe-
bruar 1925:

Stoatsjagd „Neupforzertopf“
auf Gemarkung Gagenheim (207 ha). Näheres auf
dem Forstamt.

Zwangversteigerung.

Donnerstag, den 12. Februar 1925, nach-
mittags 2 Uhr, werde ich in dem Pfandlei-
Steiustraße 23, hier gegen bare Zahlung im Voll-
streckungswege öffentlich versteigern:
144 Doien Ernte, 100 Doien Bodenwage,
371 verschiedene Holzfiguren, 60 Schachtel Küchen-
einrichtungen und 15 große Kanalen. 1287

Karlsruhe, den 10. Februar 1925.

Strang, Gerichtsvollzieher.

PHANKO

Pfannkuch

Sonder-Angebot!
Diese Woche billige

Seefische

infolge großer Zufuhren direkt
von der See, in schwerster
Eispadung

Kabeljau
kopflös, im ganzen Fisch
Pfund 32 Pfennig

Zu Aufschnitt
Pfund 34 Pfennig

Großabnehmer
Sonderpreise!

Feinste frische

Tafel-Butter
Pfund 2.-

Pfannkuch